

### Die Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1999

Ott, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ott, A. (1999). *Die Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1999*. (Berichte / BIOst, 27-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44127>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
I. Die politische Lage am Vorabend der Präsidentschaftswahlen 1999 .....	7
II. Das neue Wahlgesetz .....	11
III. Die Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten und die politischen Parteien.....	13
1. Übersicht über die Kandidatenaufstellung auf den Parteitage.....	16
2. Parteiübergreifende Wahlkoalitionen und -blöcke .....	21
IV. Die wichtigsten Kandidaten und ihre Chancen .....	24
V. Mögliche Szenarien und das Verhalten der Wähler .....	35
Fazit .....	39
Abkürzungsverzeichnis .....	40
Summary .....	43

7. Juli 1999

Diese Arbeit entstand im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekts "Die Ukraine auf dem Weg zur Demokratie" am BIOst.



**Alexander Ott**

## **Die Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1999**

Bericht des BIOst Nr. 27/1999

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Seit Frühjahr 1997 ist Wahlkampf in der Ukraine. Er bildet den Rahmen für das politische Geschehen und prägt im wesentlichen das politische Klima. Auch die Handlungen von politisch relevanten Akteuren (führende Politiker, Parteien sowie Machtinstitutionen) werden vom Wahlkampf bestimmt. 1997 ging es um die Vorbereitungen auf die Parlamentswahlen im März 1998, die zum ersten Mal auf der Grundlage der neuen Verfassung und des neuen Wahlgesetzes stattfanden. Nach diesem Gesetz wurden nicht alle Abgeordneten direkt gewählt, sondern auch die politischen Parteien hatten die Möglichkeit, ihre Wahllisten aufzustellen. Dies gab der Entwicklung der ukrainischen Parteienlandschaft einen neuen Schub. Die Rolle der Parteien wurde 1999 weiter verstärkt: Im Gesetz über die Präsidentschaftswahlen wurde festgelegt, daß neben Wählerversammlungen nur politische Parteien und ihre Wahlblöcke Kandidaten aufstellen können.

Noch vor der offiziellen Eröffnung der Präsidentenwahlkampagne erlebten fast alle Parteien eine turbulente Phase: Diskussionen um die Wahlkampfstrategie und die Aufstellung der Kandidaten. Der Anfang 1999 ausgebrochene Wahlkampf setzte das Mehrparteiensystem der Ukraine unter Druck: Mit wenigen Ausnahmen spalteten sich praktisch alle wichtigen Parteien, was zunächst zur Atomisierung der Parteienlandschaft führte. Einige von ihnen suchten im Sommer 1999 nach neuen Partnern und Koalitionen, was sich unmittelbar vor dem Wahltermin (31. Oktober) noch verstärken dürfte. Auf unzähligen Parteitage wurden im Mai-Juni 1999 Kandidaten für das Präsidentenamt nominiert. Gleichzeitig mit den Turbulenzen in der Parteiszene kam es erneut zu einem Kräftemessen und Nervenkrieg zwischen den zentralen Machtinstitutionen: Parlament und Präsident.

#### *Ergebnisse*

1. Die politische Lage in der Ukraine war Ende 1998/Anfang 1999 durch eine erneute Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen den Staatsinstitutionen gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund der näher rückenden Präsidentschaftswahlen entflammte wieder der Kampf um die Vollmachten zwischen der Exekutive und Legislative, der in der Diskussion über die Revision der erst 1996 verabschiedeten Verfassung gipfelte. Zwar zeigten sich beide Seiten mit der Verfassung unzufrieden und machten ihre Änderungsvorschläge publik, dennoch blieb es beim Ausloten der Möglichkeiten und bei

verbalen Drohgebärden. Der Versuch des Parlaments (genauer gesagt der Linken in der Verchovna Rada), eine Verfassungsrevision in die Wege zu leiten, war halbherzig und von Anfang an ohne Chancen auf Erfolg.

2. Mit der Verabschiedung des Gesetzes "Über die Wahlen des Präsidenten der Ukraine" beendete die Verchovna Rada die Reformierung des gesamten Wahlsystems auf der Basis der neuen Verfassung, die im März 1997 mit den Diskussionen über das "Gesetz über die Wahlen der Volksdeputierten der Ukraine" begonnen hatte. Wie schon 1997 wurde auch das Gesetz über die Wahlen des Präsidenten zum Zankapfel zwischen den Machtinstitutionen. Die Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober 1999 werden die ersten Wahlen des Staatsoberhauptes auf der neuen verfassungsrechtlichen Basis sein.
3. Der Anfang der "heißen Phase" des Präsidentschaftswahlkampfes und die Nominierung der Kandidaten führten einerseits zu Spannungen in den Parteien und sogar zum Zerfall etlicher Parteien. Andererseits entstanden breite und bunte Koalitionen und Blöcke von Parteien, die, abgesehen von der Unterstützung eines Kandidaten, wenig verbindet. Wie am Vorabend der Parlamentswahlen 1998 nahm auch vor den Präsidentschaftswahlen die Zahl der Parteien und Parteiwinzlinge zu, entstanden neue Koalitionen und Blöcke, und die bereits existierenden Parteien und Vereinigungen gingen in die Brüche. Der Grund des parteipolitischen Erdbebens 1999 war, daß die Parteien und Parteiblöcke von ihrem Recht intensiv Gebrauch machten, einen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.
4. Von den sieben aussichtsreichsten Präsidentschaftsanwärtern, die wahrscheinlich eine Million Unterschriften bekommen, können nur vier Bewerber zum engeren Kandidatenkreis gezählt werden: der amtierende Präsident Kučma, zwei linke Kandidaten: Tkačenko und Moroz sowie ein "Rechter" (Marčuk). Weder Symonenko noch Vitrenko, geschweige denn Udovenko haben eine echte Chance.
5. Als amtierender Präsident hat Kučma alle Machthebel in der Hand, vor allem aber den Staatsapparat und die Massenmedien. Er wird von der "Partei der Macht", bestehend aus zwei politischen Parteien (NDPU ["Partei der Staatsnomenklatura"] und SDPU(o) ["Partei des Großkapitals"]), unterstützt. Die größten Chancen auf Wiederwahl hat Kučma, wenn es ihm gelingt, sich als Alternative zur kommunistischen Revanche darzustellen. Der "Demokrat" (Kučma) gegen einen "Antidemokraten" (Kommunisten) – eine solche Konstellation wäre für den Präsidenten wünschenswert. Zu Kučmas gefährlichsten Rivalen dürften der Linkszentrist Moroz und der Rechtszentrist Marčuk sowie der Linkspopulist Tkačenko gehören.
6. Tkačenko mit seiner populistischen Rhetorik ist für Kučma vielleicht gefährlicher, da er als Parlamentsvorsitzender nicht nur das zweitwichtigste Amt im Staat bekleidet, sondern auch als "Integrator", d.h. als Anhänger und Verfechter einer schnellen Integration der Ukraine mit Rußland und Belarus, die russische und russischsprachige Bevölkerung anspricht und als Gegner des Privateigentums an Grund und Boden die Mehrheit der Landbevölkerung hinter sich hat. Da Tkačenko wie Kučma Machthebel in der Hand hat, könnte er die "Partei der Macht" zusätzlich verunsichern oder sogar spalten. Im Unterschied zu seinem Vorgänger Moroz, der nicht durch seine Integrationsrhetorik

aufgefallen war, und sogar zu KPU-Chef Symonenko, der nur die treuen Kommunistenanhänger ansprechen kann, ist Tkačenko imstande, sowohl Linke und Nostalgiker als auch Zentristen und die ländliche Bevölkerung für sich einzunehmen.

7. Im Gegensatz zu Tkačenko präsentiert sich Moroz als gemäßigter Linker. Als ein moderater und kompromißbereiter Politiker, der eine "weiße Weste" hat, kann Moroz die Teile der Wählerschaft ansprechen, die sowohl gegen den rückwärtsgewandten Symonenko als auch gegen den ungezügelten Populismus Tkačenkos sind. Als "Saubermann" ohne Korruptionsverdacht, Affären und Clanzugehörigkeit stellt er eine Alternative zum Präsidenten dar. Darüber hinaus steht Moroz außer Verdacht, die ukrainische Staatlichkeit gegenüber Rußland preisgeben zu wollen (was gelegentlich Vitrenko oder Symonenko nachgesagt wird).
8. Symonenko ist zwar der Führer der stärksten Partei im Land (KPU) und der größten Fraktion im Parlament, kann aber nicht auf die absolute Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen hoffen. Die Gründe dafür sind diesselben wie in Rußland 1996: Viele Wähler empfinden einen möglichen Sieg des "waschechten" Kommunisten als Rückkehr in eine "lichte Zukunft". Diese Perspektive hat in der heutigen Ukraine trotz Unzufriedenheit mit der jetzigen Lage keine Mehrheit. Außerdem spielt die Person des KPU-Führers eine wichtige Rolle: Der farblose, uncharismatische "Apparatčik" Symonenko wird nicht einmal in den eigenen Reihen für die beste Wahl gehalten.
9. Die Kandidaten der National-Demokraten werden bei den Präsidentschaftswahlen eher eine Statistenrolle spielen. Weder Udovenko noch Kostenko haben auch nur den Hauch einer Chance. Der einzige ernstzunehmende Kandidat aus dem rechten und rechtszentristischen Lager ist Marčuk. Seine Rufe nach der "harten Hand" und nach "Ordnung", nach einer verstärkten Bekämpfung der Kriminalität, nach einer national orientierten und ausgewogenen Außenpolitik sowie seine sozialdemokratisch geprägte Sozialpolitik machen ihn für breite Teile der Bevölkerung wählbar. Marčuk hat die besten Chancen, der gemeinsame Kandidat aller zentristischen, rechtszentristischen und rechten Kräfte zu werden.
10. Ähnlich wie bei den Präsidentschaftswahlen 1991 und 1994 werden sich auch 1999 die Wähler in der Ost- und Westukraine unterschiedlich verhalten, und der Kandidat muß diese Unterschiede in seiner Wahltaktik berücksichtigen. Um möglichst viele Stimmen zu bekommen, muß er in der Westukraine versprechen, die Souveränität und Selbständigkeit der Ukraine zu fördern, im Osten des Landes muß er sich dagegen für die Vertiefung der Beziehungen zu Rußland einsetzen.





## **I. Die politische Lage am Vorabend der Präsidentschaftswahlen 1999**

Der Konflikt zwischen den Machtinstitutionen hat in der Ukraine Systemcharakter angenommen. Die Pause im Kampf zwischen Exekutive und Legislative, die seit den Parlamentswahlen im März 1998 durch die Konstituierung und die dann folgende Handlungsunfähigkeit des Parlaments andauerte, war im Dezember 1998 zu Ende. Anfang 1999 verschärfte sich sogar die Auseinandersetzung zwischen Präsident und Parlament, was zur Destabilisierung der Machtinstitutionen und der gesamten politischen Situation führte. Trotz der Ankündigungen des neuen Vorsitzenden der Verchovna Rada (VR) Tkačenko, die Zusammenarbeit des Parlaments mit dem Präsidenten und der Regierung zu verbessern, kam es zu einer neuen Auseinandersetzung zwischen Legislative und Exekutive. Die wirtschaftlichen und sozialen Reformen kamen wegen des Unwillens des Parlaments einerseits und wegen der Unentschlossenheit des Präsidenten andererseits Ende 1998 völlig zum Erliegen. Statt sich den dringenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu widmen, setzten beide Seiten ihren Streit um die Vollmachten mit Wortscharmützeln fort und begannen, heftig an der Grundlage der ukrainischen Staatlichkeit – der Verfassung – zu rütteln.

Den Angriff auf das Parlament startete diesmal Kučma, der die VR beschuldigte, korrupte und kriminelle Abgeordnete in Schutz zu nehmen. Nach Kučmas Worten verwandelte sich das Parlament in eine "Kolchosversammlung". In allen Ländern "hat der Präsident das Recht, das Parlament aufzulösen. Nur ich habe dieses Recht nicht."<sup>1</sup> Er sprach sich wiederholt für die Aufhebung der Abgeordnetenimmunität aus und drohte der VR an, ein Referendum darüber zu initiieren.<sup>2</sup> Angeblich soll Kučma die Unterschriftensammlung für ein solches Referendum in Gang gesetzt haben, die aber nach heftigen Protesten der VR im Sand verlief. Trotz seiner Beteuerungen, die Verfassung nicht zum Spielball verschiedener politischer Kräfte werden zu lassen, zeigte sich der Präsident bereit, ein Referendum über die Grundlagen des Staatsaufbaus durchzuführen.

Während einer Reise durch die Ukraine setzte Kučma seine provokativen Äußerungen fort und sprach sich im November 1998 in L'viv und Zaporizžja für eine Selbstauflösung des Parlaments aus. "Ich war damals (bei der Annahme der Verfassung im Juni 1996 – A.O.) und bin jetzt gegen die Verabschiedung der Verfassung durch das Parlament."<sup>3</sup> Im Dezember 1998 wiederholte Kučma abermals seine Argumente und schlug vor, ein Referendum abzuhalten, um die "Übergangsregelungen", die dem Präsidenten das Recht einräumen, mit Wirtschaftsdekreten bis Mitte 1999 zu regieren, für weitere fünf Jahre zu verlängern. Außerdem plädierte Kučma für die Schaffung eines Zwei-Kammer-Parlaments. "Das Parlament verabschiedete eine Verfassung zu seinen Gunsten" und "wickelte den Präsidenten um den Finger", klagte Kučma (obwohl die Verfassung unter dem Druck des Präsidenten vom Parlament verabschiedet worden war und einen Kompromiß von beiden Seiten darstellte. Der

---

<sup>1</sup> Fakty i komentarii, 18.3.1999, S. 2.

<sup>2</sup> Nezavisimost', 19.1.1999, S. 1 und Den', 29.12.1998, S. 4.

<sup>3</sup> Kievskie vedomosti, 21.11.1998, S. 6.

Präsident lobte damals ausdrücklich das Parlament für seine Kompromißbereitschaft – A.O.). Nur ein Volksreferendum und nicht das Parlament, so Kučma, könne die Verfassung billigen. Als Beispiel seiner erfolgreichen Amtsführung nannte er die Außenpolitik. "Das Parlament hat zu kurze Hände", um nach der Außenpolitik zu greifen. "Dort, wo man mich nicht stört, wo ich als Präsident die Verantwortung trage, dort sind Erfolge vorzuweisen." Solange Präsident und Regierung einerseits und Parlament andererseits "jeder für sich handelt" (každyj sam po sebe), "werden wir keinen Erfolg haben", stellte Kučma fest.<sup>4</sup>

Ende 1998 setzte der Präsident die VR zusätzlich unter Druck, um die rechtzeitige Verabschiedung des Haushalts 1999 zu erreichen. Obwohl die Verfassung die Einmischung des Präsidenten in die Haushaltsverabschiedung nicht vorsieht, erklärte Kučma Anfang Dezember 1998, daß er die Finanzierung der VR stoppen werde, falls das Parlament den Haushalt 1999 nicht bis Ende 1998 annimmt.<sup>5</sup> Die Reaktion der VR auf den Druck des Präsidenten war unabhängig von der Fraktionszugehörigkeit einhellig: Empörung und Unverständnis. Der Staatshaushalt 1999 wurde dennoch zum ersten Mal fristgemäß verabschiedet.

Durch die zahlreichen Äußerungen des Präsidenten über die Notwendigkeit einer Verfassungsrevision und der Beschneidung der Vollmachten des Parlaments fühlte sich die VR herausgefordert und reagierte gereizt. Im Januar 1999 startete sie den Versuch, auf verfassungskonformem Weg das Grundgesetz zu ihren Gunsten zu revidieren. Auf die Forderung des Präsidenten nach einem Referendum über die Abschaffung der Abgeordnetenimmunität reagierte der Parlamentsvorsitzende Tkačenko mit Kritik: Bei einer Verfassungsänderung liege die Initiative beim Parlament, nicht bei der Exekutive.<sup>6</sup> Einige Parlamentsfraktionen (KPU und PSPU) forderten erneut die Abschaffung des Präsidentenamts. Der Vorsitzende der KPU-Fraktion Symonenko brachte am 24. Dezember 1998 den Gesetzentwurf "Über die Änderung und Ergänzung der ukrainischen Verfassung" im Parlament ein, den 158 Abgeordnete unterschrieben (unter anderem die SelPU, die Partei Tkačenkos).<sup>7</sup>

Nach diesem Entwurf sollte das Präsidentenamt abgeschafft, ein Präsidium der VR als kollektives Organ installiert und die Befugnisse des Parlamentsvorsitzenden wesentlich erweitert werden: Er sollte die Funktionen eines Staatsoberhauptes übernehmen und die Ukraine auf internationaler Ebene vertreten.<sup>8</sup> Das Ministerkabinett sollte in "Ministerrat" umbenannt und als höchste exekutive Gewalt dem Parlament (höchste legislative Gewalt) unterstellt werden. Das System der Sowjets sollte wiederhergestellt und die regionalen staatlichen Administrationen abgeschafft werden. Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat sollte dem Präsidium der VR untergeordnet werden. Damit sollte die Umwandlung der Ukraine in eine rein parlamentarische Republik vollzogen werden. Außerdem sah der Gesetzentwurf der

---

<sup>4</sup> Holos Ukrajiny, 16.12.1998, S. 1-2.

<sup>5</sup> Kievskie vedomosti, 28.12.1998, S. 2.

<sup>6</sup> Kievskie vedomosti, 13.1.1999, S. 5.

<sup>7</sup> Den', 24.12.1998, S. 4.

<sup>8</sup> Nezavisimost', 29.12.1998, S. 3.

KPU vor, der russischen Sprache den Status einer zweiten Staatsprache zu verleihen. Darüber hinaus sollte die Blockfreiheit der Ukraine in der Verfassung festgeschrieben werden.<sup>9</sup>

Der KPU-Vorsitzende Petro Symonenko rief am 12. Januar 1999 die Abgeordneten auf, diesen Gesetzentwurf zu billigen und anschließend das Verfassungsgericht anzurufen, um prüfen zu lassen, ob der Entwurf gegen die Verfassung verstoße. Die linken Fraktionen unterstützten diesen Vorstoß der Kommunisten, die rechten und Zentristen lehnten ihn ab. Dreimal ließ Tkačenko über diesen Gesetzentwurf abstimmen, die notwendige Mehrheit (226) kam aber nicht zustande (207, 195, 205 Stimmen). Aus Protest gegen die Ablehnung des Gesetzentwurfs verließ die KPU-Fraktion den Sitzungssaal. Nachdem die KPU-Fraktion am 13. und 14. Januar 1999 andere Abstimmungen boykottiert hatte, faßte das Parlament am 14. Januar 1999 doch noch den Entschluß, den Gesetzentwurf "Über die Änderung und Ergänzung der ukrainischen Verfassung" vom Verfassungsgericht prüfen zu lassen. Von den anwesenden 334 Abgeordneten stimmten 237 dafür, 26 dagegen.<sup>10</sup> Damit erreichte die Auseinandersetzung mit dem Präsidenten ihren Höhepunkt. Der Parlamentsvorsitzende Tkačenko unterstützte die kommunistische Attacke gegen den Präsidenten. Anfang 1999 hatte er offensichtlich noch nicht die Absicht, an den Präsidentschaftswahlen im Oktober 1999 teilzunehmen. Deshalb versuchte er selbst, durch die Änderung der Verfassung sein Amt zur höchsten Institution im Staat zu erheben. Gleichzeitig änderte die VR das Procedere zur Anrufung des Verfassungsgerichts: Nur noch 150 Unterschriften der Abgeordneten sind dazu nötig.<sup>11</sup>

Das Verfassungsgericht nahm sich dieser Angelegenheit (Gesetzentwurf "Über die Änderung und Ergänzung der ukrainischen Verfassung") aber nicht an, da einige formelle Anforderungen nicht erfüllt worden waren. Außerdem stimmte die ihm vorgelegte Fassung mit dem Gesetzentwurf nicht überein, für den die Abgeordneten am 14. Januar 1999 votierten: Sie wies angeblich 20 Unstimmigkeiten auf. Darüber hinaus, so der Vorsitzende des Verfassungsgerichts, Ivan Tymčenko, muß ein Gesetzentwurf, der Änderungen der Verfassung vorsieht, nicht von 158, sondern von 300 Abgeordneten (zwei Drittel) unterschrieben werden.<sup>12</sup> Diese Entscheidung des Verfassungsgerichts entschärfte zwar den Konflikt zwischen den Machtinstitutionen, konnte ihn aber nicht lösen. Das erneute Kräftemessen des Präsidenten mit der VR ging unentschieden aus.

Parallel zu den Auseinandersetzungen um die Verfassungsänderung entwickelte sich ein Streit über den Beitritt der Ukraine zur Interparlamentarischen Versammlung der GUS (MPA). Der Parlamentsvorsitzende Tkačenko wollte sein Versprechen (im Herbst 1998 in Moskau), alsbald der MPA beizutreten, unbedingt einlösen und setzte diese Frage erneut auf die Tagesordnung. Dabei verletzte er die parlamentarische Geschäftsordnung, die eine wiederholte Abstimmung über diesselbe Frage während einer Sitzungsperiode untersagt: Der

---

<sup>9</sup> Holos Ukrajiny, 19.1.1999, S. 7-8.

<sup>10</sup> Nezavisimost', 15.1.1999, S. 3.

<sup>11</sup> Zerkalo nedeli, 16.1.1999, S. 1.

<sup>12</sup> Fakty i komentarii, 6.2.1999, S. 4.

Antrag über den Beitritt der VR zur MPA war von der Mehrheit der Abgeordneten schon einmal abgelehnt worden. Daraufhin boykottierte die KPU-Fraktion die Ratifizierung aller internationalen Verträge, solange die Ukraine der MPA nicht beitreten würde.

Am 3. März 1999 (nach fünf Anläufen und mehreren Abstimmungen) votierte die VR mit 230 Stimmen doch noch für den Beitritt der Ukraine zur MPA. Für die Resolution stimmten außer den linken Fraktionen (KPU, SPU und PSPU) auch einzelne Abgeordnete der "Hromada", der SDPU(o), Grünen und der "Wiedergeburt der Regionen". Tkačenko argumentierte dabei, daß Präsident Kučma und Premierminister Pustovoitenko den Beitritt zur MPA ebenfalls befürworteten. Die Ruch-Fraktion und das "Reformen-Zentrum" kritisierten Kučma, daß er seine langjährige ablehnende Haltung gegenüber der MPA am Vorabend der Präsidentschaftswahlen aus opportunistischen Gründen preisgebe.

Außenpolitisch wird der Beitritt der Ukraine zur MPA wohl kaum eine reale Bedrohung für die Souveränität des Landes darstellen. Innenpolitisch führt dies zur Stärkung Tkačenkos, der sich als der große "Integrator" zeigte. Gleichzeitig bedeutete dieser Schritt eine Schwächung Kučmas, der die Unterstützung der Westukraine, wo die Ruch und die Rechten dominieren, verlor. Kučma, der viereinhalb Jahre seiner Präsidentschaft gegen den Beitritt zur MPA war, änderte kurz vor den Präsidentschaftswahlen seine Position, um die Sympathien der rußland-orientierten Bevölkerung der Ost- und Südukraine zu gewinnen.

Im großen und ganzen funktionierte die Zusammenarbeit zwischen Präsident und neuem Parlament eher schlecht als recht. Eine von beiden Seiten praktizierte Mißachtung von Verfassungsnormen war an der Tagesordnung. Zwar soll die VR laut Verfassung die vom Präsidenten eingebrachten Gesetzentwürfe bevorzugt erörtern. Das Parlament der jetzigen XIV. Legislaturperiode hat aber in den ersten sechs Monaten (seit April 1998) nur einen von 15 derartigen Gesetzentwürfen gebilligt, sechs weitere wurden in erster Lesung behandelt, die übrigen noch nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Der Präsident mußte deswegen Ende Dezember 1998 das Verfassungsgericht einschalten.<sup>13</sup> Der Gerechtigkeit halber muß man anmerken, daß der Präsident ebenfalls verfassungswidrig handelt, wenn er die vom Parlament verabschiedeten Gesetze nicht fristgemäß unterzeichnet (von der Verfassung sind dafür 15 Tage vorgesehen) und damit ihre Inkraftsetzung verweigert.

Kurz vor der Sommerpause 1999 punktete erneut das Parlament und brachte damit den Präsidenten in Bedrängnis. Am 16. Juni 1999 setzte das Parlament einen Untersuchungsausschuß ein, der die Eröffnung der Auslandskonten von Parlamentsabgeordneten klären sowie Steuerhinterziehungen von hohen Staatsbeamten aufdecken soll.<sup>14</sup> Der Grund dafür war, daß Kučmas engster Vertrauter und ehrenamtlicher Berater, Oleksandr Volkov, der auch Vorsitzender der Abgeordnetenfraktion "Wiedergeburt der Regionen" und Schlüsselfigur im Präsidentenwahlstab ist, von der belgischen Justiz der Geldwäsche beschuldigt wurde. In Belgien wurden seine Auslandskonten mit 135 Mio. belgischen Franken (etwa 4 Mio. US-\$)

---

<sup>13</sup> Nezavisimost', 22.12.1998, S. 1.

<sup>14</sup> Kievskie vedomosti, 17.6.1999, S. 5.

eingefroren. Außerdem wurden Volkovs Autos und Immobilien in Belgien beschlagnahmt.<sup>15</sup> Das Durchleuchten der Machenschaften einer der Schlüsselfiguren in Kučmas Umgebung setzt den Präsidenten unter erheblichen Druck.

Am 18. Juni 1999 machte das Parlament den zweiten Schritt: Die VR verabschiedete mit 230 Stimmen in erster Lesung das Gesetz, das die Abgeordnetenimmunität für Deputierte der lokalen Radas, die vom vorigen Parlament auf Drängen Kučmas aufgehoben worden war, wiedereinführt.<sup>16</sup> Es gibt in der Ukraine etwa 230.000 Abgeordnete der lokalen Radas, die nach einem solchen "Geschenk" mit einem Schlag zu potentiellen Wählern des VR-Vorsitzenden Tkačenko werden. Außerdem verabschiedete die VR am 3. Juni 1999 ein Ergänzungsgesetz zum Gesetz "Über die Wahlen des Präsidenten der Ukraine", das jeden Präsidentschaftskandidaten verpflichtet, nicht nur seine persönlichen Einkünfte, sondern auch die aller Familienmitglieder (Immobilien, Aktien u.ä.) im In- und Ausland in die Einkommenserklärung aufzunehmen. Der Präsident belegte dieses Gesetz zwar mit seinem Veto,<sup>17</sup> sein Image als Korruptionsbekämpfer erlitt dadurch aber Schaden.

## II. Das neue Wahlgesetz

Mit der Verabschiedung des Gesetzes "Über die Wahlen des Präsidenten der Ukraine" beendete die VR die Reformierung des gesamten Wahlsystems auf der Basis der neuen Verfassung, die im März 1997 mit den Diskussionen über das Gesetz "Über die Wahlen der Volksdeputierten der Ukraine" begonnen hatte. Wie schon 1997 wurde auch das Gesetz über die Wahlen des Präsidenten zum Zankapfel zwischen den Machtinstitutionen.

Das alte Gesetz über die Präsidentschaftswahlen wurde am 5. Juli 1991, also noch vor der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine, von der VR angenommen. Dieses Gesetz bildete die rechtliche Grundlage für die Präsidentschaftswahlen 1991 und 1994, die noch vor der Verabschiedung der Verfassung 1996 stattfanden. Die Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober 1999 werden somit die ersten auf der neuen verfassungsrechtlichen Basis sein. Das Gesetz "Über die Wahlen des Präsidenten der Ukraine" sollte in Einklang mit der Verfassung gebracht werden. Es wurde vom Parlament mit 249 Stimmen (bei 15 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen) am 4. Dezember 1998 in erster Lesung und am 15. Januar 1999 in zweiter Lesung angenommen. Kučma belegte den Gesetzentwurf mit einem Veto und wies ihn fast einen Monat später (am 13. Februar 1999) mit 79 eigenen Verbesserungsvorschlägen an die VR zurück. Am 5. März 1999 überstimmte die VR mit absoluter Mehrheit (313 Ja-Stimmen) das Veto des Präsidenten und verabschiedete das Gesetz unter Berücksichtigung von einem Drittel der Vorschläge des Präsidenten.<sup>18</sup> Am gleichen Tag unterzeichnete Kučma das Gesetz "Über die Wahlen des

---

<sup>15</sup> Den', 16.6.1999, S. 1.

<sup>16</sup> Den', 19.6.1999, S. 1.

<sup>17</sup> Holos Ukrajiny, 23.6.1999, S. 3.

<sup>18</sup> Den', 6.3.1999, S. 1.

Präsidenten der Ukraine", das erst 20 Tage später (am 25. März 1999) im offiziellen Organ der VR, in "Holos Ukrajiny", veröffentlicht wurde und seitdem in Kraft ist.<sup>19</sup>

Nach diesem Gesetz faßt das Parlament den Beschluß über die Durchführung von Präsidentschaftswahlen spätestens 180 Tage vor Ablauf der Amtszeit des Präsidenten, d.h. bis zum 4. Mai 1999. Laut Verfassung finden die Präsidentschaftswahlen am letzten Sonntag im Oktober des letzten Amtsjahres statt, also am 31. Oktober 1999. Das Recht auf Aufstellung von Kandidaten haben nur Parteien, von ihnen gebildete Wahlblöcke und Wählerversammlungen, nicht aber gesellschaftliche Organisationen oder einzelne Personen. Die Parteien dürfen sowohl ihre Mitglieder als auch Parteilose als Kandidaten nominieren. Bei einer Wählerversammlung, die einen Kandidaten aufstellt, müssen mindestens 500 wahlberechtigte Bürger anwesend sein. Jeder Bürger darf nur an einer Wählerversammlung teilnehmen. Die sogenannte "Selbstaufstellung" wurde ebenfalls nicht zugelassen. Der Kandidat muß mindestens 35 Jahre alt sein, die letzten zehn Jahre in der Ukraine gelebt haben und der Staatssprache mächtig sein.

Um zufällige und chancenlose Kandidaten frühzeitig auszubooten, ist im Gesetz eine große Hürde vorgesehen: Jeder Kandidat muß mindestens eine Million Unterschriften sammeln, dabei jeweils 30.000 in zwei Dritteln der Regionen (also 18 Gebieten, inklusive Krim, Kiev und Sevastopol'). Das Gesetz sieht vor, daß jeder Bewerber, der eine Million Unterschriften gesammelt hat und von der Zentralen Wahlkommission (CVK – Central'na vyborča komisija) als Präsidentschaftskandidat offiziell registriert wurde, den gleichen Zugang zu den Massenmedien bekommt; seine Wahlkampagne wird aus dem Staatshaushalt finanziert. Außerdem kann jeder Kandidat einen privaten Wahlfonds mit bis zu 100.000 Mindesteinkommen (d.h. 1.700.000 Hryvna, umgerechnet etwa 850.000 DM) unterhalten.<sup>20</sup> Die Wahlspenden einer juristischen oder natürlichen Person dürfen 100 Mindesteinkommen nicht überschreiten. Ein Geldpfand der Kandidaten gibt es nicht; bei den Parlamentswahlen 1998 mußte jede Partei ein Geldpfand von 1.000 Mindesteinkommen bei der CVK hinterlegen. Jeder Präsidentschaftskandidat kann sein Wahlprogramm in den Zeitungen "Holos Ukrajiny" und "Urjadovyj kur'jer" veröffentlichen. Die Beteiligung staatlicher Machtinstitutionen an der Wahlkampagne ist untersagt.

Die Wahlbeteiligungsgrenze von 50%, die der Gesetzentwurf noch vorsah, wurde abgeschafft. Um gewählt zu werden, muß ein Kandidat die absolute Mehrheit (50% plus 1) der abgegebenen Stimmen erhalten. Wenn dies nicht der Fall ist, kommt es in spätestens zwei Wochen (also am 14. November 1999) zur Stichwahl zwischen den zwei bestplatzierten Bewerbern. Im zweiten Wahlgang gilt der Kandidat mit der relativen Mehrheit der Stimmen als gewählt. Das Gesetz sieht die Bildung von 225 territorialen Wahlbezirken mit durchschnittlich 170.500 Wählern im Land vor.<sup>21</sup> Der Präsident, der gleichzeitig Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, wird für fünf Jahre gewählt.

---

<sup>19</sup> Holos Ukrajiny, 25.3.1999, S. 3-7.

<sup>20</sup> Kievskie vedomosti, 16.1.1999, S. 5.

<sup>21</sup> Zerkalo nedeli, 5.12.1998, S. 1.

Entsprechend der Verfassung (Art. 103) und dem Gesetz "Über die Wahlen des Präsidenten der Ukraine" (Art. 9) setzte die VR mit ihrem Beschluß vom 7. April 1999 die Präsidentschaftswahlen auf den 31. Oktober 1999 an. Für die Wahlen wurden 75 Mio. Hryvna (etwa 37 Mio. DM) aus dem Staatshaushalt 1999 bereitgestellt.<sup>22</sup>

Die Aufstellung der Kandidaten von Parteien, Parteiblöcken und Wählerversammlungen erfolgte vom 14. Mai bis 12. Juni 1999. Die Unterschriften (1 Mio.) sollen bis zum 30. Juni 1999 gesammelt und spätestens am 13. Juli der CVK vorgelegt werden. Die Zahl der Wahlberechtigten (ab 18 Jahre) wurde vom Ministerium für Statistik mit 38.361.935 Personen angegeben (Stand: 1. Januar 1999).<sup>23</sup>

### **III. Die Aufstellung der Präsidentschaftskandidaten und die politischen Parteien**

Bis zum Ablauf der Registrierungsfrist am 12. Juni 1999 haben 32 Prätendenten ihre Dokumente (unter anderem die Einkommenserklärung für 1998) der CVK vorgelegt. 19 von ihnen wurden offiziell registriert.<sup>24</sup> Die Parteien stellen 12 Kandidaten, die Wählerversammlungen 6, und ein Wahlblock schickte einen Kandidaten ins Rennen. Von den 19 Bewerbern sind 15 Parlamentsabgeordnete.

Pavlo Lazarenko, Parlamentsabgeordneter und "Hromada"-Vorsitzender, aufgestellt von der Wählerversammlung in Dnipropetrovsk (und später in anderen Städten) sowie auf dem VI. Parteitag der "Hromada" (am 12. Juni 1999), verzichtete Mitte Juni 1999 auf seine Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen. Der Erste Stellvertretende Vorsitzende der Partei, Volodymyr Tachtaj, erklärte, daß die "Hromada" bei den Präsidentschaftswahlen alle Kräfte unterstützen werde, die gegen die Herrschenden eintreten.<sup>25</sup> Lazarenko befindet sich seit Februar 1999 in den USA, wo er politisches Asyl beantragt hat. Gegen ihn läuft in der Ukraine ein Strafverfahren: Die ukrainische Justiz wirft ihm vor, als Premierminister der Ukraine Gelder in Höhe von 72,1 Mio. US-\$ veruntreut und auf Bankkonten in der Schweiz deponiert zu haben.<sup>26</sup>

Als erster Kandidat wurde der amtierende Präsident Leonid Kučma von der Wählerversammlung des Instituts für Internationale Beziehungen der Kiever Ščevčenko-Universität am 14. Mai 1999 nominiert. Weitere 150 Wählerversammlungen sowie die Parteitage von NDPU, SDPU(o) und der LPU unterstützten ihn. Sein Wahlstab hatte als erster schon zum 14. Juni 1999 etwa 1,9 Mio. Unterschriften gesammelt.<sup>27</sup> Wenig später meldete auch der Symonenko-Wahlstab über 1,3 Mio. Unterschriften.

---

<sup>22</sup> Holos Ukrajin, 5.5.1999, S. 2.

<sup>23</sup> Holos Ukrajin, 6.5.1999, S. 2.

<sup>24</sup> Pravda Ukrainy, 22.6.1999, S. 1.

<sup>25</sup> Kievskie vedomosti, 15.6.1999, S. 5.

<sup>26</sup> Večernie vesti, 11.6.1999, S. 2.

<sup>27</sup> Nezavisimost', 15.6.1999, S. 1.



Auf der Liste der Prätendenten, die die nötige eine Million Unterschriften sammeln dürfen, stehen:

Name/Jahrgang	Funktion	Partei- zugehörigkeit	aufgestellt von	unterstützt von
1. Leonid Kučma, 1938	Präsident der Ukraine	parteilos	Wahlerversammlung in Kiev, NDPU, SDPU(o), LPU u.a.	NDPU, SDPU(o), PRVU, RCP, DPU-A, LPU, vom MBR u.a
2. Petro Symonenko, 1952	Parlamentsabgeordneter, KPU-Vorsitzender	KPU	KPU	KPU, NO
3. Oleksandr Moroz, 1944	Parlamentsabgeordneter, SPU-Vorsitzender	SPU	SPU, SDPU	SPU, SDPU, PPS
4. Vasyl' Onopenko, 1949	Parlamentsabgeordneter, USDP-Vorsitzender	USDP	USDP	USDP
5. Natalija Vitrenko, 1951	Parlamentsabgeordnete, PSPU-Vorsitzende	PSPU	PSPU	PSPU
6. Ivan Bilas*, 1953	Parlamentsabgeordneter, Hetman der ukrainischen Kosaken	parteilos	KUN	KUN
7. Volodymyr Olijnyk, 1957	Bürgermeister von Čerkasy, Präsident der Assoziation der Städte der Ukraine	parteilos	Wahlerversammlung in Kirovohrad	
8. Jurij Kostenko, 1951	Parlamentsabgeordneter, Ruch-K-Vorsitzender (vom Justizministerium nicht registriert)	Ruch-K	Wahlerversammlung in Kiev	Ruch-K
9. Hennadij Balašov, 1961	Parlamentsabgeordneter, ZKU-Vorsitzender	ZKU	Wahlerversammlung in Dnipropetrovsk	ZKU
10. Oleksandr Ržavs'kyj, 1959	Parlamentsabgeordneter	Allukrainische politische Ver- einigung JeR	JeR	JeR
11. Jevhen Marčuk, 1941	Parlamentsabgeordneter	parteilos	Wahlblock "Unser Präsident-Jevhen Marčuk" (SDS, CNS, URP, USelDP)	SDS, CNS, URP, USelDP, DSU, LDPU, VPT u.a.
12. Hennadij Udoenko, 1931	Parlamentsabgeordneter, Ruch-U-Vorsitzender	Ruch-U	Ruch-U, PRP	Ruch-U, PRP, DPU-Ja
13. Mychajlo Pavlovs'kyj, 1942	Parlamentsabgeordneter	parteilos	Wahlerversammlung in Chmel'nyč'kyj	
14. Oleksandr Bazyljuk, 1942	SloPU-Vorsitzender	SloPU	SloPU	SloPU
15. Mykola Haber, 1960	Parlamentsabgeordneter, PPU-Vorsitzender	PPU	PPU	PPU
16. Vitalij Kononov, 1950	Parlamentsabgeordneter, PZU-Vorsitzender	PZU	PZU	PZU
17. Jurij Karmazin, 1957	Parlamentsabgeordneter	PZV	PZV	PZV
18. Oleksandr Tkačenko, 1939	VR-Vorsitzender, SelPU-Vize-Vorsitzender	SelPU	SelPU	SelPU
19. Hrihorij Novodvors'kyj, 1941	PRTCh-Vorsitzender, Präsident des Konzerns "Eskulap"	PRTCh	Wahlerversammlung in Dašiv (Gebiet Vinnycja), PRTCh	PRTCh

\* Bilas hat seine Kandidatur bereits zurückgezogen.

Der Anfang der "heißen Phase" des Präsidentschaftswahlkampfes und die Nominierung der Kandidaten führten einerseits zu Spannungen in den Parteien und sogar zum Zerfall etlicher Parteien. Andererseits entstanden breite und bunte Koalitionen und Blöcke von Parteien, die, abgesehen von der Unterstützung eines Kandidaten, wenig verbindet. Innerparteiliche Machtkämpfe und persönliche Rivalitäten zwischen ambitionierten Parteiführern, die auch sonst an der Tagesordnung sind und das Parteileben prägen, erreichten im Frühjahr 1999 (nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Wahlen des Präsidenten) ihren Höhepunkt. Wie am Vorabend der Parlamentswahlen 1998 (als zum ersten Mal die Hälfte der Abgeordneten über Parteilisten gewählt wurde) nahm die Zahl der Parteien und Parteiwinzlinge auch vor den Präsidentschaftswahlen zu, entstanden neue Koalitionen und Blöcke und gingen existierende Parteien und Vereinigungen in die Brüche. Der Grund des parteipolitischen Erdbebens vom Frühjahr 1999 bestand darin, daß die Parteien und Parteiblöcke von ihrem Recht, einen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, intensiv Gebrauch machten.

Den Streit um die Wahltaktik, aber vor allem um die Aufstellung eines Kandidaten überlebten viele Parteien nicht. Weder das linke noch das rechte politische Lager, geschweige denn die Zentristen, konnten einen gemeinsamen Kandidaten für das Präsidentenamt aufstellen. Wirkliche und ernsthafte Verhandlungen über einen gemeinsamen Kandidaten dürften sowohl bei den National-Demokraten als auch bei den Linken erst im Herbst (September-Oktober), also unmittelbar vor dem Wahltermin, beginnen.

Im April und insbesondere im Mai 1999 fanden zahlreiche Parteitage statt, die oft nur das Ziel hatten, einen Präsidentschaftskandidaten zu nominieren. An einem einzigen Wochenende (22.-23. Mai 1999) wurden auf acht Parteitagen nicht nur die Kandidaten aufgestellt, sondern teilweise auch die Parteiführung ausgewechselt. Abgesehen von den linken Parteien (KPU, SPU, PSPU und SelPU), die ohne größere innerparteiliche Diskussionen ihren eigenen Kandidaten aufstellten, bildete die Trennlinie in den zentristischen und national-demokratischen Parteien die Frage der Unterstützung oder Nichtunterstützung des amtierenden Präsidenten Kučma. Der Wahlkampf legte auch die Schwachstellen vieler Parteien offen, vor allem aber die mangelnde Parteidisziplin und nicht selten die Kluft zwischen Parteiführung und Basis. Die ausufernde Parteidemokratie, die oft in Parteienanarchie umschlägt, führte zum Entstehen eines neuen Phänomens im ukrainischen Parteileben: Die Parteiführung und die Beschlüsse der Parteitage erweisen sich als machtlos, wenn ganze Gebietsorganisationen entweder die Parteien verlassen oder zwar formell in den Parteien bleiben, aber der Parteispitze den Gehorsam verweigern. In einigen Fällen kam es zwar nicht zur formellen Spaltung, aber zum faktischen Zerfall, als die ohnmächtige Parteiführung den Gebietsorganisationen Handlungsfreiheit gewähren mußte. Da die Basis nicht überall die Beschlüsse der Parteiführung akzeptierte, unterstützen viele lokale Parteiorganisationen ihren eigenen Kandidaten und steuern somit gegen die Parteilinie.

### ***1. Übersicht über die Kandidatenaufstellung auf den Parteitagen***

Unter dem Motto: "Das volksfeindliche Regime muß abgelöst und der Kurs geändert werden" nominierte der IV. (XXXII.) KPU-Parteitag am 15. Mai 1999 den Parteivorsitzenden *Petro Symonenko* zum Präsidentschaftskandidaten.

Die zweite Etappe des VII. Parteitags der SPU wählte am 15. Mai 1999 ihren Vorsitzenden *Oleksandr Moroz* zu ihrem Präsidentschaftskandidaten. Die SDPU von Jurij Buzdugan nominierte ebenfalls Moroz.

Der VIII. Außerordentliche Parteitag der PSPU stellte am 15. Mai 1999 *Natalija Vitrenko* als Präsidentschaftskandidatin auf. Wie der Vize-Vorsitzende der Partei, Volodymyr Marčenko, erklärte, sei nur Vitrenko imstande, ein Referendum über die Abschaffung des Präsidentenamts durchzuführen und den "verbrecherischen" Reformkurs zu ändern.<sup>28</sup>

Der III. Parteitag der SelPU, die nach Angaben von Dovhan' 81.300 Mitglieder<sup>29</sup> hat, nominierte erst am 29. Mai 1999 den VR-Vorsitzenden *Oleksandr Tkačenko* als Präsidentschaftskandidaten, der schon von über hundert Wählerversammlungen vorgeschlagen worden war. Der SelPU-Vorsitzende Serhij Dovhan' kritisierte die "verfassungswidrige und volksfeindliche Politik, die die heutigen Machthaber verfolgen". Deshalb bedeute die Wiederwahl von Kučma eine nationale Katastrophe für die Ukraine.

Der IX. Parteitag der Slawischen Partei der Ukraine (SloPU – Slov'jans'ka partija Ukrajiny, der ehemalige Bürgerkongreß der Ukraine (HKU)), der am 15. Mai in Donec'k tagte, stellte den Parteivorsitzenden *Oleksandr Bazyljuk* als Präsidentschaftskandidaten auf. Als Parteihymne wurde der Marsch "Proščanie slawjanki" (Abschied der Slawin) angenommen. Die SloPU entstand 1992 als HKU. Der Parteiname wurde nach den verlorenen Parlamentswahlen 1998 geändert. Die Partei tritt für die Integration der Ukraine in die GUS, für den föderalen Aufbau der Ukraine und für die Einführung des Russischen als zweite Staatssprache ein.<sup>30</sup>

Die zweite Etappe des IV. Parteitags der NDPU (etwa 46.000 Mitglieder im Mai 1999) endete am 15. Mai 1999 mit der Abspaltung des "demokratischen" Flügels (der Erste Vize-Vorsitzende Volodymyr Filenko, die Führungsmitglieder Taras Stec'kiv, Oleksandr Jemec', Artur Bilous u.a.) mit dem NDPU-Vorsitzenden Anatolij Matvijenko an der Spitze und der Wahl des Premierministers Valerij Pustovojtenko zum neuen Parteivorsitzenden. Die Mehrheit der Delegierten (259 Ja-Stimmen bei 24 Gegenstimmen, 6 Enthaltungen und 52 Verweigerungen der Stimmabgabe) unterstützte seinen Vorschlag, Präsident *Leonid Kučma* als Kandidaten zu nominieren.<sup>31</sup> Die Minderheit um Matvijenko, die sich gegen die Aufstellung Kučmas ausgesprochen hatte, verließ den Parteitag und kurz darauf die Partei. Viele von ihnen sind später der PRP beigetreten.

Nachdem 6 von 10 "Gründungsvätern" die NDPU verlassen hatten, verwandelte sie sich immer mehr in eine reine "Nomenklatura-Partei", die zusammen mit der "Oligarchen-Partei" – SDPU(o) – eine Stütze des Präsidenten geworden ist. Matvijenko gründete Ende Mai 1999 eine eigene Vereinigung "Vidkryta polityka" (VP – Offene Politik), der seine 10 prominenten

---

<sup>28</sup> Den', 18.5.1999, S. 2.

<sup>29</sup> Stoličnye novosti, 1.-8.5.1999, S. 5.

<sup>30</sup> Den', 18.5.1999, S. 2.

<sup>31</sup> Urjadovyj kur'jer, 18.5.1999, S. 3.

Mitstreiter, die zuvor die NDPU verlassen hatten, beitraten. Ziel der Vereinigung ist, die Wiederwahl Kučmas zu verhindern und eine starke rechtszentristische Partei noch vor den Präsidentschaftswahlen zu bilden.<sup>32</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, führt Matvijenko Gespräche mit den beiden Ruch-Parteien, der PRP und der VU. Seit Ende Mai bis Mitte Juni 1999 wurden in 10 Gebieten Basisorganisationen der VP von ehemaligen oder aktiven NDPU-Mitgliedern gegründet, die mit der Linie der Parteiführung, d.h. der Unterstützung Kučmas nicht einverstanden sind. Für August-September 1999 ist ein Kongreß aller Kučma-Gegner aus dem demokratischen Lager geplant. Die NDPU gehöre der Vergangenheit an, so der VP-Führer Matvijenko.<sup>33</sup> Bei den Präsidentschaftswahlen wird die VP voraussichtlich Ex-Premier Marčuk als den stärksten nichtlinken Kandidaten unterstützen.

Der VI. Außerordentliche Parteitag der Liberalen Partei der Ukraine (LPU – Liberal'na partija Ukrajinu) stimmte am 14. Mai 1999 für *Kučma* als Präsidentschaftskandidaten. Der LPU-Vorsitzende Volodymyr Ščerban' wurde erst am 30. März 1999 vom Präsidenten zum Gouverneur im Gebiet Sumy ernannt. Seitdem konnte Kučma der Unterstützung der LPU sicher sein. Trotzdem blieb auch der LPU die Spaltung nicht erspart. Dies war die einzige Parteispaltung, die mit dem Präsidentschaftswahlkampf nichts zu tun hatte. Mehrere regionale Organisationen der LPU beschuldigten den LPU-Vorsitzenden Volodymyr Ščerban' der "Preisgabe liberaler Werte". Am 21. November 1998 fand in Simferopol' der Gründungsparteitag der Neuen Liberalen Partei der Ukraine (LPU(o) – onovlena) statt, auf dem die Delegierten aus 17 Gebieten den Chef der Krim-Organisation der LPU, Pavlo V'jalov, zum LPU(o)-Vorsitzenden wählten. Der LPU-Chef Volodymyr Ščerban' erkannte die neue Partei nicht an und führte am 12. Dezember 1998 seinen eigenen Parteitag durch. Die LPU(o) wurde im März 1999 vom Justizministerium registriert.<sup>34</sup> Zwischen den beiden liberalen Parteien gibt es keine ideologischen Unterschiede. Die LPU, die im März 1997 etwa 60.000 Mitglieder zählte, hatte im Frühjahr 1999 nach der Abspaltung der LPU(o) nach eigenen Angaben etwa 40.000 Mitglieder.<sup>35</sup> Die LPU(o), die auf ihrem I. Parteitag (12. Juni 1999) ebenfalls *Kučma* zum Präsidentschaftskandidaten nominierte, zählt etwa 20.000 Mitglieder. Trotz der formalen Unterstützung Kučmas durch die LPU gab es in der Partei keinen Konsens: Die Gebietsorganisation in Odesa trat in voller Stärke der PRP bei; die Organisationen in Luhans'k und teilweise in Donec'k erklärten Marčuk zu ihrem Wunschkandidaten.

Der XIV. SDPU(o)-Parteitag votierte am 15. Mai 1999 mit 288 Stimmen bei 4 Gegenstimmen für die Aufstellung *Kučmas*. Alle Gebietsorganisationen (mit Ausnahme von Vinnycja) unterstützten diese Entscheidung. Während des Parteitags verließ der SDPU(o)-Vize-Vorsitzende Mykola Zarickyj die Partei aus Protest gegen die "Mißachtung der Grundwerte der Sozialdemokratie und Abschaffung der innerparteilichen Demokratie". Der Partei werde die

---

<sup>32</sup> Kievskie vedomosti, 27.5.1999, S. 5.

<sup>33</sup> Den', 15.6.1999, S. 2.

<sup>34</sup> Kievskie vedomosti, 28.5.1999, S. 5.

<sup>35</sup> Den', 18.5.1999, S. 4.

Kandidatur Kučmas aufgezwungen. Die SDPU(o) "hat aufgehört, sozialdemokratisch zu sein" und ist faktisch zur Partei der Oligarchen und des Großkapitals geworden, so Zarickyj.<sup>36</sup>

Die USDP, die im Mai 1999 etwa 20.000 Mitglieder zählte, nominierte ihren Vorsitzenden *Vasyl' Onopenko*. Er beschuldigte die Linksradikalen (vor allem Tkačenko), für ihren Sieg bei den Präsidentschaftswahlen die Unabhängigkeit der Ukraine preiszugeben.<sup>37</sup>

Der III. Parteitag des MBR stellte *Kučma* als Präsidentschaftskandidaten auf. Es kam auch zum Wechsel an der Parteispitze: Der MBR-Vorsitzende Volodymyr Hrin'ov trat zurück. Sein Nachfolger wurde der Stellvertretende Minister ohne Portefeuille, Tymofij Motrenko.

Die erste Etappe des VII. Parteitags der Partei der Grünen der Ukraine (PZU – Partija Zelenych Ukrajin), der Mitte Juni 1999 stattfand, nominierte den Parteivorsitzenden *Vitalij Kononov*. Ende April 1999 entstand die zweite grüne Partei. In L'viv fand der VII. Außerordentliche Parteitag der Grünen statt, der die Gründung einer neuen Partei markierte – die Ukrainische Grüne Partei (UZP – Ukrajin's'ka Zelena partija). An dem Parteitag nahmen etwa 50 Delegierte aus 14 Gebieten teil. Zum UZP-Vorsitzenden wurde Parlamentsabgeordneter Orest Mel'nikov gewählt, zu seinem Stellvertreter Mychajlo Huzol, die zuvor aus der PZU ausgeschlossen worden waren. Sie kritisierten den PZU-Vorsitzenden Kononov, weil er die "Prinzipien der grünen Bewegung" preisgegeben habe.<sup>38</sup>

Die erste Etappe des III. Parteitags der Agrarpartei der Ukraine (APU – Ahrarna partija Ukrajin) beschloß, *Kučma* bei den Präsidentschaftswahlen zu unterstützen. Außerdem wurde Mychajlo Hladij, Ex-Gouverneur in L'viv und jetziger Vize-Premier, zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Die Ex-Parteivorsitzende Katerina Vaščuk wurde seine Erste Stellvertreterin.<sup>39</sup>

Die junge Partei "Demokratische Union" (DS – Demokratyčnyj sojuz, Vorsitzender Oleh Ra-fal's'kyj) tritt ebenfalls für *Kučma* ein.

Am 22. Mai 1999 fand die zweite Etappe des II. Parteitags der Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine (PRVU – Partija rehional'noho vidrodžennja Ukrajin) statt (die erste Etappe war im März 1999). Die Partei, die nach eigenen Angaben etwa 40.000 Mitglieder zählt, ist in allen Gebieten der Ukraine vertreten. Besonders starke Gebietsorganisationen gibt es in Donec'k und Charkiv. Die Partei, deren Vorsitzender der Bürgermeister von Donec'k, Volodymyr Rybak, ist, tritt für die Entwicklung der Regionen und der Selbstverwaltung sowie für die Anerkennung des Russischen als zweite offizielle Sprache ein. Die PRVU nominierte *Kučma* als Präsidentschaftskandidaten. Auf dem Parteitag wurden zwei einflußreiche Politiker – Ex-Vize-Premier Juchym Zvjahil's'kyj und der Vorsitzende der Staatlichen Steueradministration, Mykola Azarov – Mitglieder der PRVU.<sup>40</sup>

---

<sup>36</sup> Den', 19.5.1999, S. 4.

<sup>37</sup> Fakty i komentarii, 16.6.1999, S. 4.

<sup>38</sup> Kievskie vedomosti, 29.4.1999, S. 5.

<sup>39</sup> Kievskie vedomosti, 9.6.1999, S. 5.

<sup>40</sup> Nezavisimost', 25.5.1999, S. 3.

Auf dem PRP-Parteitag, der am 30. Mai 1999 stattfand, wurde die Kandidatur des Ruch-Vorsitzenden *Udovenko* zwar unterstützt, gleichzeitig wurde aber ein Appell veröffentlicht, die demokratischen Kräfte zu bündeln und einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Die PRP hat ihre Reihen wesentlich vergrößert, da ihr viele ehemalige NDPU-, LPU- und DPU-Mitglieder beigetreten sind. Der PRP-Vize-Vorsitzende Serhij Sobolev erklärte, daß die PRP auf keinen Fall die "oligarchische Macht Kučmas" unterstützen werde.<sup>41</sup>

Der I. Parteitag der Partei "Vorwärts, Ukraine!" (VU – Vpered, Ukrajino!), die bei den Parlamentswahlen 1998 noch als Wahlblock der UCDP (Serhijenko) und der CNS (Halina Tkačenko) auftrat, benannte keinen Kandidaten. Ihr Vorsitzender Viktor Musijaka erklärte, Kučma würde auf keinen Fall von der VU akzeptiert. Falls die Demokraten sich nicht auf einen einheitlichen Kandidaten einigten, würde die VU entweder Moroz oder Marčuk unterstützen. Die VU tritt für einen radikalen Politikwechsel, den unverzüglichen Rücktritt der ganzen Regierung und für die Umwandlung der Ukraine in eine parlamentarische Republik ein.<sup>42</sup>

Der VI. Parteitag der CDPU unterstützte am 12. Juni 1999 die Aufstellung *Kučmas*. Der Parteivorsitzende Vitalij Žuravs'kyj begründete diesen Beschluß so: Die CDPU ist eine antikomunistische Partei prowestlicher Orientierung. Sie unterstützt Kučma als den chancenreichsten Kandidaten, der sich für die europäische Wahl der Ukraine einsetzt.<sup>43</sup>

Im Februar 1999 setzte der Parteitag der Ruch, der von einem Teil der Partei einberufen worden war, den langjährigen Ruch-Führer Vjačeslav Čornovil ab und wählte Jurij Kostenko zum neuen Vorsitzenden. Der andere Teil der Ruch unter Čornovils Führung erkannte diese Beschlüsse nicht an und erklärte die Ruch von Kostenko (Ruch-K) für illegitim, was vom Justizministerium bestätigt wurde. Nach dem tragischen Unfalltod Čornovils Ende März 1999 wurde Hennadij Udovenko, der erst kurz zuvor der Partei beigetreten war, zum Ruch-Vorsitzenden gewählt. Das Kiever Gebietsgericht bestätigte den Beschluß des Justizministeriums über die Illegitimität der Ruch-K. Auf dem X. Parteitag der Ruch unter Führung von Udovenko (Ruch-U) wurde beschlossen, zusammen mit der PRP einen Wahlblock bei den Präsidentschaftswahlen zu bilden und einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen.<sup>44</sup> Dieses politische Abkommen über abgestimmte Handlungen und das "Manifest der Einigung der reformerischen und patriotischen Kräfte der Ukraine" unterzeichneten außer der Ruch-U und PRP ein Teil der DPU (Javorivs'kyj) sowie die kurz zuvor der PRP beigetretenen ehemaligen NDPU-Mitglieder (Volodymyr Filenko, Taras Stec'kiv, Oleksandr Jemec' u.a.). Die beiden Teile der Ruch schickten zwei Kandidaten ins Rennen: *Hennadij Udovenko* von der Ruch-U und *Jurij Kostenko* von einer Wählerversammlung in Kiev, da die Ruch-K offiziell nicht registriert ist.

Der VIII. Außerordentliche Parteitag der DPU unter Führung von Anna Anton'jeva (DPU-A) beschloß, bei der Kandidatenaufstellung den regionalen Organisationen Handlungsfreiheit zu

---

<sup>41</sup> Holos Ukrajiny, 3.6.1999, S. 1.

<sup>42</sup> Kievskie vedomosti, 28.5.1999, S. 5.

<sup>43</sup> Nezavisimost', 15.6.1999, S. 2.

<sup>44</sup> Den', 18.5.1999, S. 2.

gewähren. Die Kiever Organisation der DPU wird *Marčuk* unterstützen, Ivano-Frankivs'k favorisiert *Udoenko*, die Parteiführung mit Anton'jeva an der Spitze nominierte *Kučma*. Der DPU-Teil um Volodymyr Javorivs'kyj (DPU-Ja) faßte auf seinem separaten Parteitag am 15. Mai 1999 den Beschluß, den Vereinigungsprozeß mit der PRP zu beschleunigen. Javorivs'kyj selbst trat der PRP bei.

Obwohl sich die RCP als "konstruktive Opposition" bezeichnete, beschloß der III. Parteitag Anfang Juni 1999, bei den Präsidentschaftswahlen *Kučma* zu unterstützen.<sup>45</sup> Überraschend bildete die RCP zusammen mit der DPU (Anton'jeva) und der LPU (Ščerban') einen Wahlblock, um der "kommunistischen Revanche" entgegenzutreten. Nach Meinung des RCP-Vorsitzenden Mykola Porovs'kyj ist nur *Kučma* imstande, diese Gefahr abzuwenden.<sup>46</sup> Ursprünglich strebte die RCP einen Wahlblock mit der Ruch-U und der PRP an. Da aber diese Parteien "einen geschlossenen Block" bildeten, die RCP nicht als gleichberechtigten Partner betrachteten und sie vor die Alternative stellten, sich in einer von diesen Parteien aufzulösen, lehnte Porovs'kyj diese Koalition ab.<sup>47</sup> Aus Protest gegen die Unterstützung *Kučmas* blieben zwei Gebietsorganisationen (Volyn' und Ternopil') dem Parteitag fern. Sie werden bei den Präsidentschaftswahlen *Marčuk* unterstützen.<sup>48</sup>

Die UNA erklärte auf ihrem XIII. Parteitag am 22. Mai 1999, daß sie sich an den Präsidentschaftswahlen nicht beteiligen wird, da es für sie keinen geeigneten Kandidaten gebe. Zum neuen UNA-Vorsitzenden wurde der Chef der Gebietsorganisation in L'viv, Andrij Škil', gewählt. Der Parteitag änderte nicht nur das Statut und wechselte die Führungsgremien der Partei aus, sondern änderte auch den Namen. Die Partei, die jetzt wieder UNA-UNSO heißt, hat das Ziel, die "ukrainische nationale Revolution" vorzubereiten, um eine "große und superstarke Ukraine zu schaffen".<sup>49</sup>

## **2. Parteiübergreifende Wahlkoalitionen und -blöcke**

Folgende 12 politische Parteien bildeten am 8. Juni 1999 einen Wahlblock zur Unterstützung *Kučmas*: Die Agrarpartei der Ukraine (APU – Ahrarna partija Ukrajiny), die Liberale Partei der Ukraine (LPU – Liberal'na partija Ukrajiny), die Neue Liberale Partei der Ukraine (LPU(o) – Liberal'na partija Ukrajiny (onovlena)), der Interregionale Reformblock (MBR – Mižrehional'nyj blok reform), die National-Demokratische Partei der Ukraine (NDPU – Narodno-demokratyčna partija Ukrajiny), die Partei "Demokratische Union" (DS – Demokratyčnyj sojuz), die Partei der Moslems der Ukraine (PMU – Partija musul'man Ukrajiny), die Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine (PRVU – Partija rehional'noho vidrodžennja Ukrajiny), die Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine (SDPU(o) – Social-demokratyčna partija Ukrajiny (objednana)), die Republikanische Christliche Partei (RCP – Respublikans'ka chrystyjans'ka partija), die Christlich-Demokratische Partei der

---

<sup>45</sup> Kievskie vedomosti, 7.6.1999, S. 3.

<sup>46</sup> Kievskie vedomosti, 9.6.1999, S. 5.

<sup>47</sup> Fakty i kommentarii, 8.6.1999, S. 4.

<sup>48</sup> Den', 11.6.1999, S. 6.

<sup>49</sup> Kievskie vedomosti, 24.5.1999, S. 3.



Ukraine (CDPU – Chystyjans'ko-demokratyčna partija Ukrajiny) und die Ukrainische Nationale Konservative Partei (UNKP – Ukrajins'ka nacional'na konservatyvna partija).<sup>50</sup> Die Vorsitzenden dieser Parteien bekräftigten, daß der Präsident, der die sozialen und wirtschaftlichen Reformen eingeleitet habe, sie auch weiterführen soll. Abgesehen von der NDPU, SDPU(o) und teilweise der LPU sind die meisten Blockteilnehmer Mini- oder Quasiparteien, die keinen Einfluß auf die Wähler haben.

Die Volksdemokratische Vereinigung "Neue Ukraine" (NU – Nova Ukrajina), die 1992 gegründet worden war, nominierte auf ihrem VI. Kongreß am 5. Juni 1999 auf Vorschlag des NU-Vorsitzenden und Ex-Chefs der Präsidialadministration, Jevhen Kušnar'ov, *Kučma* zum Kandidaten.<sup>51</sup> Als der V. Kongreß der NU (Februar 1997) die NDPU zum "Kern" der Vereinigung erklärte, begann die NDPU die anderen Parteien aus der NU hinauszudrängen. Zwischen den Wahlen ist die NU zum bedeutungslosen Anhängsel der NDPU geworden: Einige Parteien verließen sie in den vergangenen Jahren aus Protest gegen die Bevormundung durch die NDPU. Mit den heranrückenden Präsidentschaftswahlen wurde die NU wieder gebraucht und von den Präsidialstrukturen instrumentalisiert. Um die anderen Parteien einzubinden, öffnete der VI. NU-Kongreß die Vereinigung neuen Kollektivmitgliedern: Als erste Partei trat die CDPU der NU bei. Der NDPU-Vorsitzende und Premierminister Valerij Pustovojtenko setzte der NU das Ziel, Eckpfeiler der Allukrainischen Vereinigung demokratischer Kräfte "Zlagoda" zu werden.<sup>52</sup>

Zwei Tage nach der Gründung der pro-präsidentischen "Koalition der 12" entstand eine anti-präsidentische "Koalition der 11". Die Führer von 11 Parteien unterschiedlicher politischer Richtung sowie die bevollmächtigten Vertreter der Gebietsorganisationen aus anderen Parteien unterzeichneten am 10. Juni 1999 in Kiev ein Abkommen über die Bildung einer allukrainischen Wahlkoalition "Unser Präsident – Jevhen Marčuk". Zuvor wurde ein Wahlblock mit demselben Namen von nur vier rechten und zentristischen Parteien (URP, SDS, CNS und USelDP) gegründet, die auch die Bildung der Koalition initiierten. Der USelDP-Führer Viktor Prisjažnjuk erklärte, daß die Koalition für die anderen Parteien offen sei. Zum Koalitionskoordinator wurde der URP-Vorsitzende Oleksandr Šandruk gewählt.<sup>53</sup> Der Koalition traten unter anderem die rechte "Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine" (DSU – Deržavna samostijnist' Ukrajiny) von Roman Koval' und die zentristisch orientierte LDPU von Jurij But bei. Der Vize-Vorsitzende der VPT, die ebenfalls Mitglied der Koalition ist, Oleh Bondarčuk, widersprach der Auffassung, daß Marčuk ein Kandidat der rechten Kräfte sei. Im Gegenteil, er werde auch aktiv von Wählern in der Ost- und Südukraine unterstützt. Marčuk könne die Linken und die Rechten, die West- und die Ostukraine vereinigen.<sup>54</sup> Auch einige regionale Organisationen der DPU sind der Koalition beigetreten. Neben der Wahlkoalition wurde die gesellschaftliche Vereinigung "Ins 21. Jahrhundert mit Jevhen

---

<sup>50</sup> Urjadovyj kur'jer, 10.6.1999, S. 2.

<sup>51</sup> Urjadovyj kur'jer, 8.6.1999, S. 3.

<sup>52</sup> Kievskie vedomosti, 7.6.1999, S. 3.

<sup>53</sup> Den', 11.6.1999, S. 1.

<sup>54</sup> Den', 11.6.1999, S. 1.

Marčuk" ins Leben gerufen. Wenn Kučma noch fünf Jahre an der Macht bliebe, würde die Ukraine in eine "Ruine nach lateinamerikanischem Beispiel verwandelt mit einem Häufchen Reicher und einer armen Bevölkerung".<sup>55</sup> Auch eine dritte gesellschaftliche Vereinigung, "Narodna solidarnist" ("Volkssolidarität"), die bereits seit Februar 1999 existiert, unterstützt *Marčuk*. Zu den Initiatoren der "Volkssolidarität" gehören Šandrjuk (URP) und Stretovyč (CNS).<sup>56</sup> Marčuk wurde zum Vorsitzenden der "Volkssolidarität" gewählt.

Die SPU und die SDPU sowie 11 zentristische Gewerkschaften der Ukraine vereinbarten eine gemeinsame Unterstützung von *Moroz* bei den Präsidentschaftswahlen und gründeten die "Volkspatriotische Vereinigung" "Pravda proti syly" (PPS – Wahrheit gegen Macht). Kurz darauf wurde sie in eine Wahlkoalition zur Unterstützung von *Moroz* umgewandelt. Der SDPU-Chef Buzdugan steht an der Spitze der PPS.<sup>57</sup>

Am 26. Mai 1999 wurde die Allukrainische Vereinigung "Volksopposition" (NO – Narodna opozicija) ins Leben gerufen, die die Nominierung von KPU-Chef *Symonenko* unterstützt. Das "verbrecherische Regime muß ausgewechselt und der strategische Kurs geändert werden". Die NO erklärt dem "Diktat der USA und NATO" den Kampf und will das "Bündnis zwischen den slawischen Brüdervölkern" (gemeint sind Rußland und Belarus) stärken.<sup>58</sup>

Nach der Phase der Zersplitterung (Februar-März 1999) starteten die National-Demokraten (April-Mai 1999) mehrere Versuche, am Vorabend der Präsidentschaftswahlen ihre Kräfte zu bündeln. Die beiden Teile der Ruch, die PRP, der Teil der DPU von Javorivs'kyj, die VP von Matvijenko und einige kleinere Parteien (oder nur Gebietsorganisationen) erklärten, Kučma nicht zu unterstützen. Da die National-Demokraten zwar zwei eigene, aber sehr schwache Bewerber (Udovenko und Kostenko) haben, machten sie sich auf die Suche nach einem gemeinsamen Kandidaten. Am 12. Mai 1999 unterzeichneten Matvijenko (VP) und Kostenko (Ruch-K) eine Deklaration und begannen mit den Verhandlungen über die Bildung einer Koalition der demokratischen Kräfte. Dieser Koalition könnten sich die PRP und die Ruch-U anschließen, erklärte Kostenko, der die Bereitschaft signalisierte, zugunsten eines besseren Kandidaten auf seine Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen zu verzichten.<sup>59</sup> Ob auch Udovenko (Koalition der Ruch-U und der PRP) zugunsten Marčuks verzichtet, bleibt abzuwarten. Ein einheitlicher Kandidat dieser rechtszentristischen (national-demokratischen) Parteien (Ruch-U, Ruch-K und PRP) sowie der Vereinigung VP könnte tatsächlich Marčuk sein. An den Verhandlungen zwischen der Ruch-K und der VP über die Gründung eines politischen Blocks auf der Basis der "nationalen Demokratie" nahm auch die Partei "Vpered, Ukrajino!" teil. Die Aufstellung eines gemeinsamen national-demokratischen Kandidaten ist für Ende August vorgesehen.

---

<sup>55</sup> Večernie vesti, 15.6.1999, S. 2.

<sup>56</sup> Kievskie vedomosti, 9.2.1999, S. 5.

<sup>57</sup> Den', 18.5.1999, S. 4.

<sup>58</sup> Večernie vesti, 2.6.1999, S. 3.

<sup>59</sup> Den', 14.5.1999, S. 2.

#### IV. Die wichtigsten Kandidaten und ihre Chancen

Zu den aussichtsreichsten Kandidaten auf das Präsidentenamt gehören der amtierende Präsident Kučma, vier linke Kandidaten (Tkačenko, Moroz, Symonenko und Vitrenko) und ein nichtlinker Kandidat (Marčuk). Die national-demokratischen Kandidaten Udovenko und Kostenko dürften über eine Statistenrolle nicht hinauskommen.

**Leonid Kučma**, zentristisch orientierter Taktiker; Jahrgang 1938, parteilos, von Wählervereinigungen aufgestellt und von 12 politischen Parteien unterstützt.

##### *A) Politische Tätigkeit seit 1990*

- Parlamentsabgeordneter (1990-1994);
- Premierminister der Ukraine (Oktober 1992-September 1993);
- Präsident des Ukrainischen Verbandes der Industriellen und Unternehmer (Dezember 1993-Juli 1994);
- Präsident der Ukraine (seit 10. Juli 1994).

##### *B) Wahlprogramm und -taktik*

Kučma ist von allen Kandidaten in der schwierigsten Situation: Als amtierender Präsident trägt er die volle Verantwortung für die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage in der Ukraine. Die Bevölkerung wird seinem Wahlprogramm 1999 wenig Glauben schenken, weil er seine Wahlversprechen von 1994 in wesentlichen Punkten nicht hielt und damit die Hoffnungen der Wähler tief enttäuschte.

Da Kučma – abgesehen von der Außenpolitik – kaum politische Erfolge (vor allem im wirtschaftlichen und sozialen Bereich) vorweisen kann, ist er eine gute Zielscheibe für Kritiker und Konkurrenten. Nicht nur aus dem linken, sondern auch aus dem national-demokratischen und rechten Lager wird ihm Diskrepanz zwischen den proklamierten Zielen und praktischen Handlungen vorgeworfen (wie z.B. bei der angekündigten Korruptionsbekämpfung). Seine Kritiker machen ihn für die anhaltende und sich weiterhin vertiefende Krise verantwortlich. In seiner Amtszeit hätten sich Clans und Oligarchengruppen gebildet, die sich auf Kosten des Staatsbudgets und der Volkswirtschaft bereicherten, während Löhne, Gehälter und Renten nicht ausgezahlt würden. Die angekündigten Reformen sind nicht umgesetzt worden: Hinter der Fassade von Pseudoreformen verbergen sich Vetternwirtschaft und Favoritismus. Auch seine "Mehrgleisigkeit" in der Außenpolitik wird von beiden Seiten attackiert: Die Linken beschuldigen ihn, die Ukraine dem Westen und dem IWF unterworfen sowie sie von Rußland distanziert zu haben; die Rechten halten ihm vor, den prowestlichen Kurs nicht konsequent genug durchzuführen und bezichtigen ihn der Nachgiebigkeit gegenüber Rußland.

Um die Wähler sowohl in der West- als auch in der Ostukraine anzusprechen, versucht Kučma zu lavieren. So erklärte er in Novgorod (Rußland) am 2. Mai 1999: "Rußland und die Ukraine waren und sind nahe und verwandte Staaten, die alle Krisen nur gemeinsam meistern

können."<sup>60</sup> Einige Tage später war von der "Verwandschaft" mit Rußland keine Rede mehr: Kučma setzte sich am 13. Mai 1999 in L'viv für einen prowestlichen Kurs ein. "Ich bin überzeugt, daß die Ukraine den europäischen Weg einschlagen muß. Der Präsidentenwechsel bedeutet einen Kurswechsel. Dies kann ich nicht zulassen."<sup>61</sup>

Außer Kučma versuchen zwei weitere Kandidaten (Moroz und Marčuk), den Besonderheiten der ukrainischen Regionen und ihrer Wählerschaft Rechnung zu tragen, indem sie gerade das sagen, was die Wählerschaft in den jeweiligen Regionen zufriedenstellt. Um die von ihm enttäuschten rußlandorientierten Wähler zurückzugewinnen, muß Kučma im Wahlkampf Zugeständnisse machen. Dazu gehört sowohl seine Befürwortung des Beitritts der Ukraine zur MPA Anfang März 1999 als auch die Zustimmung zur Wahl des Premierministers der Ukraine Pustovojtenko zum Vorsitzenden des "Rats der Regierungschefs der GUS" Anfang Juni 1999, obwohl die Ukraine formal gar nicht Mitglied ist.

### *C) Chancen*

Zur Wahltaktik Kučmas gehört das Aufbauschen der "linken Gefahr". Es ist in seinem Interesse, sich als Bollwerk gegen die "Restauration des Kommunismus und der Sowjetunion" und als "Garant der ukrainischen Staatlichkeit" zu präsentieren. Ein kommunistischer Herausforderer gegen den "reformorientierten" Präsidenten, so sollte nach Kučma das Szenario der ukrainischen Präsidentschaftswahl 1999 sein. Die Taktik des rußländischen Präsidenten, der 1996 erfolgreich die Konfrontation "Kommunist" (Zjuganov) – "Antikommunist" (El'cin) genutzt und somit eine mögliche demokratische Alternative (Javlinskij) ausgeschaltet hatte, wird vom ukrainischen Präsidenten als Musterbeispiel gesehen. Aus diesem Grund bekämpft Kučma in erster Linie die Konkurrenz von rechts (Marčuk), um als alleinige Alternative gegen einen Linken dazustehen.

Im Unterschied zu den Präsidentschaftswahlen 1994, bei denen Kučma sowohl in der Außen- ("Rußlandfreund") als auch in der Innenpolitik ("Reformer") noch als echte Alternative zum abgenutzten und innenpolitisch glücklosen Präsidenten Kravčuk für die Wähler aller Lager erschien, wird er heute eher mit Stagnation, Pseudoreformen und enttäuschten Hoffnungen in Verbindung gebracht. Kučma zu wählen bedeutet heute für viele in der Ukraine, Status quo, vorgetäuschte Reformen und Clankapitalismus zu billigen.

Während der Herausforderer Kučma 1994 die Stimmen der russophilen Bevölkerung in der Ost- und Südukraine gewann, was entscheidend zu seinem Wahlsieg beitrug, kann er heute – nach nicht eingehaltenen Versprechen – wohl kaum auf die Unterstützung aus diesen Regionen zählen. Im Westen der Ukraine, wo die National-Demokraten und Rechten ihre Hochburgen haben und eigene Kandidaten aufstellen, wird Kučma zumindest im ersten Wahlgang nicht auf übermäßige Unterstützung hoffen können. Die Frage lautet, ob die aufgezählten Minuspunkte von den Vorteilen seines Amtes aufgewogen werden können.

---

<sup>60</sup> Večernie vesti, 12.5.1999, S. 2.

<sup>61</sup> Večernie vesti, 18.5.1999, S. 2.

Trotz der geringen Popularität bei den Wählern und der enttäuschten Hoffnungen sowohl bei der einfachen Bevölkerung als auch bei den Intellektuellen gilt der amtierende Präsident als einer der chancenreichsten Kandidaten, weil er sich im Wahlkampf auf drei Säulen stützen kann:

- den Staatsapparat (Regierung und von ihm ernannte Gouverneure), der in den letzten Jahren an Einfluß gewonnen hat;
- die Massenmedien (insbesondere die Fernseh- und Radiosender (UT-1, UT-2, "Inter", ICTV), die faktisch von propräsidentischen Machtstrukturen kontrolliert werden, und teilweise die Printmedien, die mehrheitlich loyal zum Präsidenten stehen);
- die ihm nahestehenden "Oligarchen", die in zwei Parteien vereinigt sind – NDPU und SDPU(o) – und über erhebliche Finanzmittel verfügen, um seine Präsidentenkampagne finanzieren zu können.

Diese drei Machtzentren bringen dem amtierenden Präsidenten den entscheidenden Vorteil gegenüber den Konkurrenten. Für Kučma spricht auch das traditionelle Verhalten vieler Wähler, die eher aus Gewohnheit für die Obrigkeit votieren und das Vertraute bevorzugen, frei nach dem Motto: "Lieber ein Spatz in der Hand als eine Taube auf dem Dach." Viele Wähler sind zwar von Kučma enttäuscht, dürften aber trotzdem für ihn als "das kleinere Übel" stimmen, sollte er im ersten Wahlgang einen der ersten beiden Plätzen belegen und damit in der Stichwahl gegen einen Linken antreten.

**Oleksandr Tkačenko**, populistischer Linkszentrist; Jahrgang 1939, SelPU-Mitglied, von der SelPU aufgestellt.

#### *A) Politische Tätigkeit seit 1990*

- Landwirtschaftsminister der Ukraine (1990-1992);
- Präsidentschaftskandidat 1991 (von der SPU unterstützt). Kurz vor den Wahlen verzichtete er auf seine Kandidatur zugunsten des damaligen VR-Vorsitzenden Leonid Kravčuk der zum ersten Präsidenten gewählt wurde;
- Präsident der Agro-Industriellen Assoziation "Zjemplja i ljudy" (Erde und Menschen) (1992-1994);
- Parlamentsabgeordneter (seit 1994), Erster Vize-Vorsitzender der VR (1994-1998);
- VR-Vorsitzender (seit 7. Juli 1998) und Vize-Vorsitzender der SelPU (seit 1996).

#### *B) Wahlprogramm und -taktik*

Als anerkannter Führer der sogenannten Kolchos-Sowchos-Lobby tritt Tkačenko offen und vehement gegen das Privateigentum an Grund und Boden und für die Beibehaltung der staatlich gelenkten Planwirtschaft ein. "Der ukrainische Markt soll dem Plan unterworfen und regulierbar sein."<sup>62</sup> Staatliche Kontrolle und protektionistische Wirtschaftspolitik sollen beibehalten und die ohnehin zaghafte Privatisierung gestoppt werden.

---

<sup>62</sup> Večernie vesti, 5.5.1999, S. 2.

Seit seiner Wahl zum Parlamentsvorsitzenden am 7. Juli 1998 hat er nicht nur seine Machtpositionen ausgebaut ("zweiter Mann" im ukrainischen Staatsgefüge; nach eigenen Worten "nicht erster, aber auch nicht der zweite Mann im Staat"), sondern sich auch als "Integrator", d.h. Anhänger und Verfechter einer schnellen Integration der Ukraine mit Rußland und Belarus' profiliert. Während seines offiziellen Besuchs in Moskau Mitte Dezember 1998 machte sich Tkačenko stark für die Bildung einer Union der drei slawischen Länder mit gemeinsamer Verteidigungspolitik, inheitlichem Wirtschafts- und Informationsraum sowie gemeinsamer Währung und Schwarzmeerflotte. Dadurch sammelte er viele Punkte bei den Wählern in der Ost- und Südukraine und eröffnete faktisch seine Präsidentenkampagne. Angesichts der NATO-Osterweiterung, die er ausdrücklich mißbilligte, setzte er sich noch energischer für die Bildung einer slawischen Union mit Rußland und Belarus' ein. Tkačenko bedauert offen den Zerfall der Sowjetunion und tritt für die Vertiefung der wirtschaftlichen, außenpolitischen und technisch-militärischen Zusammenarbeit mit Rußland und Belarus' ein. Ihr wirtschaftliches Potential könne die Ukraine nur mit Rußland und Belarus' entwickeln. Die Union Rußland-Belarus' bezeichnete Tkačenko als "die erste Schwalbe, die uns den Weg zur Wiedergeburt zeigt".<sup>63</sup>

Von Juli 1998 bis Anfang Mai 1999 dementierte Tkačenko Gerüchte über seine mögliche Kandidatur. Noch am 6. Mai 1999 erklärte er, daß er nicht an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen werde.<sup>64</sup> Erst kurz vor dem Beginn der offiziellen Wahlkampagne und der Aufstellung der Kandidaten entschied er sich zu kandidieren, sollte ihn die SelPU aufstellen, was am 29. Mai 1999 geschah. Kurz vor seiner Nominierung durch die SelPU als Präsidentschaftskandidat kritisierte Tkačenko am 27. Mai 1999 in Simferopol' Kučmas Politik: "Der in der Ukraine durchgesetzte Reformkurs hat die Wirtschaft völlig ruiniert. Er führt uns ins Verderben (poročnyj)." Die Jahre der Reformen und des Aufbaus eines unabhängigen Staates bezeichnete Tkačenko als "die schlimmsten und dunkelsten Seiten in der Geschichte der Ukraine".<sup>65</sup>

Rechtzeitig zu den Wahlen präsentierte Tkačenko sein "Programm der Nationalen Wiedergeburt der Ukraine" (faktisch sein Wahlprogramm) als Alternative zu Kučmas Programm "Ukraine 2010", das von populistischen Lösungen geprägt ist.<sup>66</sup> Da in der heutigen Ukraine die Sterberate höher ist als die Geburtenrate, sieht sein Programm vor, solche "Lebensbedingungen zu schaffen, daß die ukrainische Bevölkerung jährlich um etwa 200.000 wächst".

Zu den wichtigsten Prioritäten des Programms, das auf 16 Jahre angelegt ist, werden der Agro-Industrielle Komplex, Energiewirtschaft, Wissenschaft und Bildung und "andere Branchen, die den Begriff BIP ausmachen", gezählt. Es sieht drei Etappen vor. Erste Etappe: 2000-2002 – "Übergangsperiode". Der BIP-Rückgang wird gebremst und der Lebensstandard

---

<sup>63</sup> Holos Ukrajiny, 11.6.1999, S. 1-3.

<sup>64</sup> Nezavisimost', 7.5.1999, S. 1.

<sup>65</sup> Nezavisimost', 28.5.1999, S. 2.

<sup>66</sup> Holos Ukrajiny, 27.5.1999, S. 1-8.

der Bevölkerung erhöht. Das Durchschnittseinkommen soll 250, die Rente 80 Hryvna betragen. Zweite Etappe: 2003-2005 – "Aufbauperiode". Die Wirtschaft wird am Ende der Periode etwa das Niveau von 1991 erreichen, als den "Menschen ein würdiges Leben gesichert war". Das Durchschnittseinkommen wird 420, die Rente 140 Hryvna betragen. Dritte Etappe: 2006-2015 – "Periode der intensiven Modernisierung der Wirtschaft". Der Lebensstandard der ukrainischen Bevölkerung wird auf das Niveau der EU-Länder angehoben. Am Ende dieser Etappe soll das Durchschnittseinkommen 1.680, die Rente 500 Hryvna betragen.

### *C) Chancen*

Mit der Aufstellung von Tkačenko haben die Regionaleliten und Machtinstitutionen eine Alternative zu Kučma. Da Tkačenko ebenfalls die zentrale Staatsmacht repräsentiert, hat er bessere Startpositionen im Wahlkampf als andere Mitbewerber (mit Ausnahme Kučmas). Hinter ihm steht ein Teil der Gouverneure, aber vor allem das ganze System der Legislative – die Radas. Mit seinen antikapitalistischen Losungen und der Glorifizierung der sowjetischen Vergangenheit genießt er große Sympathien nicht nur bei den ländlichen, sondern auch bei vielen städtischen Wählern, insbesondere bei Veteranen, Rentnern und älteren Menschen, die immer aktiv an den Wahlen teilnehmen.

Tkačenkos Chancen stehen gut, falls einer der linken Kandidaten (z.B. Symonenko oder Vitrenko) zu seinen Gunsten verzichtet. Dann könnte er schon im ersten Wahlgang mit etwa 25-30% der Wählerstimmen rechnen und somit in die Stichwahl kommen, wo er zusätzlich von den Moroz-Anhängern unterstützt würde.

Während Moroz – insbesondere vor den Wahlen – immer mehr zum Zentrum abdriftet und für viele Linkszentristen aber auch Zentristen wählbar wird, sattelt Tkačenko das Pferd des Populismus im Wahlkampf. Mit Kritik an den Machthabern (Präsident und seine Regierung) und mit Hilfe von einfachen Rezepten versucht er, seine Popularität zu steigern. Seine rückwärtsgewandte Nostalgie, seine Ablehnung des Privateigentums an Grund und Boden sprechen viele Wähler an. Mit seiner sozialistisch geprägten und rußlandorientierten Rhetorik besetzte er die wichtigsten Themenfelder des Wahlkampfs.

**Oleksandr Moroz**, gemäßigter Linkszentrist mit Hang zur Sozialdemokratie; Jahrgang 1944, SPU-Mitglied, von der SPU aufgestellt und der SDPU (Buzdugan) unterstützt.

### *A) Politische Tätigkeit seit 1990*

Parlamentsabgeordneter (seit 1990), Führer der linken Mehrheit (sogenannte "Gruppe 239") im Parlament 1990-1991;

Gründer der SPU (September 1991, nach dem Verbot der KPU);

VR-Vorsitzender (1994-1998);

Präsidentschaftskandidat 1994 (von der SPU unterstützt), mit 13% der Stimmen belegte er im ersten Wahlgang Platz drei (hinter Kravčuk und Kučma). Seine Wähler entschieden die Stichwahl zugunsten Kučmas;

SPU-Vorsitzender (seit Oktober 1994).

Bei den Parlamentswahlen 1998 zog der Wahlblock ZPNU (SPU und SelPU) mit Moroz an der Spitze mit 8,5% der Stimmen ins Parlament ein;

Führer der Parlamentsfraktion "Das linke Zentrum" (35 Abgeordnete), Vorsitzender des Parlamentskomitees für Agrarpolitik und Grundbesitzfragen (beides seit 1998).

#### *B) Wahlprogramm und -taktik*

Die Eckpunkte seines Wahlprogramms "Der neue Kurs für die Ukraine" sind:<sup>67</sup>

- Modernisierung und Erneuerung des Machtapparats;
- Beseitigung des herrschenden "clan-mafiosen Kapitalismus";
- Einführung einer staatlich gelenkten Marktwirtschaft und des "Sozialstaats";
- Zerschlagung von Clans und "Holdings"; Trennung der Oligarchen von der Macht, Bekämpfung der organisierten Kriminalität;
- Entfernung der "alten", Kučma-treuen Beamten, präsidentischen "Günstlinge" und "Favoriten" aus dem Staatsapparat, neue Kaderpolitik;
- Abschaffung der Gleichschaltung von Massenmedien;
- Minderung der Abhängigkeit von den internationalen Finanzorganisationen und Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen sowohl zu Rußland als auch zum Westen.

In der Kritik an Kučmas Politik ist Moroz kompromißlos: "Falls das heutige Regime an der Macht bleibt, wird die Ukraine endgültig zerstört."<sup>68</sup> Als Anhänger einer parlamentarischen Republik schlägt er vor, die Befugnisse des Präsidenten zugunsten der Regierung und teilweise auch zugunsten der VR zu beschneiden.<sup>69</sup>

Moroz bewegt sich immer mehr zum linken Zentrum und versucht, sich als Sozialist westlicher Prägung zu profilieren, der auf ukrainischen patriotischen Positionen steht und eine breite Koalition der oppositionellen Kräfte anführen kann. Sein Zentrismus findet Ausdruck in der Anerkennung und Verteidigung der staatlichen Souveränität der Ukraine. Er plädiert außerdem für die Gleichstellung aller Eigentumsformen sowie für die Förderung des kleinen und mittleren Unternehmertums. Zwar ist Moroz weiterhin gegen den freien Kauf von Grund und Boden ("Die Ukraine wird Getreide, nicht Boden verkaufen!"), aber nicht so strikt und rigoros wie Tkačenko.

Von anderen Linken unterscheidet sich Moroz durch seine ausgewogenen und moderaten Positionen. Er mißbilligt zwar die NATO-Osterweiterung, sieht aber ein, daß die Ukraine mit der Allianz als wichtiger Machtfaktor in Europa weiterhin zusammenarbeiten muß. Er plädiert zwar auch für die Annäherung an Rußland, nicht aber für die Bildung einer

---

<sup>67</sup> Večernie vesti, 8.6.1999, S. 2.

<sup>68</sup> Večernie vesti, 18.5.1999, S. 3.

<sup>69</sup> Kievskie vedomosti; 30.12.1998, S. 5.



"slawischen Union". Das Verhältnis zu Rußland soll die ukrainische Unabhängigkeit nicht beeinträchtigen.

### *C) Chancen*

Nachdem Moroz den Posten des Parlamentsvorsitzenden verloren hatte, wurde seine Startposition im Wahlkampf 1999 entscheidend geschwächt. Es kam sogar zur Spaltung der Fraktion SPU-SelPU und zur Bildung der eigenständigen SelPU-Fraktion, was die Macht von Moroz auch im Parlament zusätzlich dezimierte. Die Zahl seiner Rivalen stieg seitdem an: Im linken Lager bekam Moroz Konkurrenz nicht nur durch Symonenko, sondern seit Ende Mai 1999 auch durch Tkačenko, der mit seiner linkspopulistischen Rhetorik massiv in den Wahlkampf vorprescht. Auch im Kampf Kučmas gegen Lazarenko verlor nicht nur der Ex-Premier, sondern auch der Ex-Parlamentsvorsitzende Moroz. Kučma gelang es, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einerseits konnte er sich für kurze Zeit als Kämpfer gegen die Korruption profilieren, andererseits seinen schärfsten Rivalen Moroz schwächen, da Lazarenko nicht mehr imstande ist, dem SPU-Chef im Wahlkampf nennenswerte finanzielle Hilfe zu leisten. Dazu kommt die Informationsblockade, die über Moroz verhängt wurde: In den vom Präsidenten kontrollierten Massenmedien wird Moroz angeschwärzt oder totgeschwiegen.

Hauptgegner von Moroz sind im ersten Wahlgang die linken Mitbewerber Tkačenko und Symonenko, zum Teil auch Vitrenko. Alle vier spielen auf dem gleichen elektoralen Feld. Im Kampf um die Wählerstimmen kann sich für Moroz ausgerechnet sein ehemaliger Vize Tkačenko als Hauptkonkurrent erweisen. Die Lage von Moroz ist widersprüchlich: Einerseits tritt er als "Saubermann" auf, der in keine Affären verwickelt ist, andererseits hat er in keinem politischen Lager breite Unterstützung: Für die Linken ist er nicht "links genug", für die Rechten und National-Demokraten immer noch "zu links".

**Petro Symonenko**, orthodoxer Kommunist; Jahrgang 1952, KPU-Mitglied, von der KPU aufgestellt.

### *A) Politische Tätigkeit seit 1990*

- Zweiter Sekretär des Gebietskomitees der KPU in Donec'k (1990);
- Initiator und Gründer der wiederbelebten KPU (1993 in Donec'k);
- Erster Sekretär des ZK der KPU (seit 19. Juni 1993);
- Parlamentsabgeordneter und Führer der KPU-Fraktion in der VR (seit 1994).
- Bei den Parlamentswahlen 1998 zog die KPU mit Symonenko an der Spitze mit fast 25% der Stimmen ins Parlament ein und stellt seitdem die stärkste Fraktion (120 Abgeordnete).

### *B) Wahlprogramm und -taktik*

Sein Wahlprogramm enthält radikal antipräsidentische Töne. Kučmas außen- und innenpolitischer Kurs wird aufs schärfste kritisiert. Der KPU-Kandidat will auf den sozialistischen Weg zurück und tritt entschieden für die Wiederherstellung der Allmacht der Sowjets der Volksdeputierten und gegen die "kapitalistischen Verhältnisse" im Land ein. Der Kampf gegen die

"Bandokratie" soll zum Kampf gegen Kapitalismus, die eigentliche Ursache der Bandokratie, führen. Die Re-Privatisierung und die Einführung der staatlichen Kontrolle der Wirtschaft gehören ebenfalls zum Wahlprogramm Symonenkos. Er tritt für die Abschaffung des Präsidentenamts, für die offizielle Zweisprachigkeit (Gleichstellung des Russischen mit dem Ukrainischen) sowie für das Vorantreiben der Integration mit Rußland und Belarus' ein.

In der Außenpolitik sind seine Rezepte einfach und radikal: Die Beziehungen zur NATO sollen auf Eis gelegt werden, da von der Allianz die höchste Gefahr für die Ukraine ausgeht. "Wir müssen die Ukraine in die Bruderunion mit den Werktätigen Rußlands, Belarus' und der anderen GUS-Länder einbeziehen...Wir haben gemeinsame geschichtliche Wurzeln und eine gleiche Mentalität. Alles, was die heutige Ukraine erreicht hat – ihre Staatlichkeit, Unabhängigkeit, Einigung aller ihrer Gebiete in einem Staat, allseitiges Gedeihen (vsestoronnij razsvet), internationale Anerkennung und Autorität –, hat sie dank der brüderlichen Einheit der Werktätigen der Ukraine, Rußlands und Belarus' sowie anderer Republiken der Sowjetunion erreicht."<sup>70</sup>

### *C) Chancen*

Der KPU-Chef hat dank der zahlenmäßig starken und gut organisierten Partei gute Chancen. Seine Losungen sind einfach, verständlich und rückwärtsgerichtet und deshalb bei vielen Wählern populär, die der Meinung sind, daß "früher alles sowieso besser war". Andererseits schreckt sein Radikalismus viele ab. Symonenko hofft auf die traditionell linken Wähler, die etwa 20-25% ausmachen. Zusammen mit Sowjetnostalgikern wird die Anhängerschaft aller Linken auf 35-40% geschätzt. Das Problem von Symonenko ist, daß er gegen die Konkurrenz aus dem "eigenen" linken Lager kämpfen muß. Sollte er doch in die Stichwahl kommen, hätte er kaum Chancen, gewählt zu werden, da das linke Wählerpotential nicht so groß ist, um im Alleingang die Wahlen zu gewinnen. Denn die Mehrheit der ukrainischen Bürger will trotz Nostalgie und Enttäuschung nicht zurück zum Sozialismus. Die Rückwärtsgerichtetheit der radikalen Linken beängstigt viele zentristisch orientierte Wähler; doch ohne deren Unterstützung kann kein Kandidat erfolgreich sein.

**Natalija Vitrenko**, radikale Linkspopulistin; Jahrgang 1951, PSPU-Mitglied, von der PSPU aufgestellt.

### *A) Politische Tätigkeit seit 1990*

- Mitglied des Präsidiums der Politrada der SPU (1993-1996);
- Parlamentsabgeordnete (seit Dezember 1994), Mitglied der SPU-Fraktion (bis Januar 1996);
- PSPU-Vorsitzende (seit 1996).
- Bei den Parlamentswahlen 1998 zog die PSPU mit Vitrenko an der Spitze mit über 4% der Stimmen ins Parlament ein. Seit April 1998 Vorsitzende der PSPU-Fraktion (14 Abgeordnete).

---

<sup>70</sup> Večernie vesti, 25.5.1999, S. 2.

### *B) Wahlprogramm und -taktik*

Vitrenko vertritt zumindest rhetorisch die Positionen des orthodoxen Marxismus-Leninismus mit Klassenkampf und Diktatur des Proletariats. Sie kritisiert die KPU und insbesondere die SPU von links, wirft ihnen Preisgabe der kommunistischen Ideale, Zusammenarbeit (wie im Fall der Verabschiedung der Verfassung 1996) mit dem bourgeoisen Regime sowie "Opportunismus" u.ä. vor. Vitrenko vertritt linksradikale Positionen; in ihrer Rhetorik ist sie noch (klassen)kampfbewußter und direkter als KPU-Chef Symonenko. Sie wird als "trojanisches Pferd" der Linken bezeichnet, da sie in ihrem Kampf um den "reinen Marxismus-Leninismus" die anderen linken Parteien härter als alle Antikommunisten kritisiert.

Als Sofortmaßnahmen schlägt Vitrenko die Einführung des ökonomischen Notzustands für drei Monate vor. Sie tritt für die Einführung von Arbeitskontrolle in den Betrieben und für die "Union der slawischen Völker ohne die Imperialisten Primakov und El'cin" ein. Den Internationalen Währungsfonds beschimpft sie als "finanziellen Faschismus des 20. Jahrhunderts". Sie greift Präsident Kučma und seine Politik scharf an, da er den Ausverkauf des Landes betreibe, und verspricht, im Fall ihres Wahlsiegs mit dem "verbrecherischen Kurs" des Präsidenten Schluß zu machen. Für die jetzigen Staatsführer verspricht sie "Reservate" zu schaffen, wo man sie unterbringen und damit vor dem Volkshaß retten könnte. Wie KPU-Chef Symonenko tritt Natalija Vitrenko konsequent für die Abschaffung des Präsidentenamts ein. Sie will ein Referendum darüber durchführen lassen. "Wir haben eine Chance, friedlich von der Präsidialrepublik zur parlamentarischen Republik überzugehen."<sup>71</sup>

### *C) Chancen*

Außer den traditionell linken Wählern und rückwärtsgewandten "Betonköpfen" kann sie auf marginale Schichten und vor allem auf Protestwähler zählen, deren Zahl in den letzten Jahren angewachsen ist. Die Verlierer der Umbruchjahre, Nostalgiker jeder Art, Rentner und alleinstehende ältere Menschen gehören ebenfalls zu ihrer Wählerklientel. Trotz Meinungsumfragen<sup>72</sup>, die Vitrenko hinter Kučma auf Platz zwei sehen (gelegentlich auch vor ihm), kann sie voraussichtlich nicht mit einem Wahlsieg rechnen.

**Jevhen Marčuk**, national-demokratisch orientierter Zentrist; Jahrgang 1941, parteilos, vom Wahlblock "Unser Präsident – Jevhen Marčuk" (SDS, CNS, URP, USelDP) aufgestellt und von 11 Parteien unterstützt.

### *A) Politische Tätigkeit seit 1990*

---

<sup>71</sup> Den', 17.12.1998, S. 4.

<sup>72</sup> Den Angaben einer soziologischen Untersuchung zufolge, die vom Kiever Internationalen Soziologischen Institut zusammen mit dem Kiever Zentrum für politische Studien und Konfliktologie Anfang März 1999 durchgeführt wurde, wollten 22,3% der Befragten (1.600 Respondenten) bei den Präsidentschaftswahlen für Leonid Kučma stimmen. Platz zwei nahm die PSPU-Vorsitzende Natalija Vitrenko mit 17,6% ein. Ihr folgten der SPU-Vorsitzende Oleksandr Moroz mit 9% und der KPU-Chef Petro Symonenko mit 6,4%. Der Ruch-Kandidat Hennadij Udovenko (3%), parteilose Jevhen Marčuk (2,9%) und SelPU-Kandidat Oleksandr Tkačenko (1,9%) lagen weit hinten. Urjadovyj kur'jer, 25.3.1999, S. 2.

- Erster Stellvertretender Vorsitzender des KGB der USSR (1990-1991);
- Chef des Sicherheitsdienstes (SBU) der Ukraine (November 1991-Juli 1994);
- Armeegeneral (seit März 1994);
- Vize-Premier (seit Juli 1994); Erster Vize-Premier (seit Oktober 1994);
- Amtierender Premierminister der Ukraine (seit März 1995);
- Premierminister der Ukraine (Juni 1995-Mai 1996);
- Parlamentsabgeordneter (seit Dezember 1995) und Führer der Fraktion "Sozial-marktwirtschaftliche Wahl" (1996-1998).
- Bei den Parlamentswahlen 1998 zog die SDPU(o) mit Kravčuk und dem parteilosen Marčuk (Nummer eins und zwei der Liste) mit 4% der Stimmen ins Parlament ein. Vorsitzender der SDPU(o)-Fraktion (April 1998-Dezember 1998) und des Parlamentskomitees für Sozialpolitik und Arbeit (seit Juli 1998).

#### *B) Wahlprogramm und -taktik*

Während des Wahlkampfs profilierte sich Marčuk als weiser, rational denkender Politiker, als "Ehrenmann", "echter Profi und Patriot", der die links- und rechtsufrige Ukraine vereinigen kann. Auf "nationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit" legt er besonderen Wert. Von Anfang an erklärte Marčuk, daß er keiner politischen Partei beitreten werde, obwohl er sozialdemokratische Positionen einnimmt.

Im Fall seiner Wahl zum Präsidenten will er die Gesellschaft konsolidieren, gegen Verarmung, den Verfall der Wirtschaft ankämpfen sowie die verzögerten Reformen wieder in Gang bringen. Die "Dekriminalisierung der Macht" und "Zerschlagung der kriminellen Politclans" gehören auch zu seinem Wahlprogramm.<sup>73</sup> Die Kürzungen bei der Finanzierung des Sozialbereichs, die im Haushalt 1999 vorgesehen sind, kritisierte er scharf.<sup>74</sup> Zwar tritt er für den Status quo im Verhältnis Parlament – Präsident ein, spricht aber von einer Stärkung der parlamentarischen Kontrolle gegenüber der Exekutive.<sup>75</sup>

Marčuk fährt in seiner Wahltaktik zweigleisig: Einerseits bemüht er sich, in russischsprachigen Regionen die brennenden sozialen Probleme anzusprechen (Arbeitslosigkeit, ausstehende Löhne und Gehälter, steigende Kriminalität usw.), andererseits setzte er in der Westukraine auf die starken nationalen Gefühle der Wähler und spricht von der Selbständigkeit der Ukraine, Förderung der ukrainischen Sprache und Kultur. So schlug er während seiner Reise durch die Westukraine am 13.-14. März vor, die OUN-UPA-Kämpfer aus den Zeiten des Zweiten Weltkriegs zu rehabilitieren und den Veteranen der Sowjetarmee gleichzustellen. "Sozialdemokrat im Osten, Nationalist im Westen" der Ukraine, so dürfte seine Taktik lauten.

---

<sup>73</sup> Den', 10.3.1999, S. 1.

<sup>74</sup> Den', 29.12.1998, S. 4

<sup>75</sup> Den', 25.12.1998, S. 4.

Marčuk, der bei den Parlamentswahlen 1998 auf der Wahlliste der zentristischen SDPU(o) stand, genießt als "harte Hand" und Anhänger des unabhängigen ukrainischen Staats die Unterstützung der nationalen und rechten Kräfte. Deshalb begann er seine Wahlkampagne im Westen der Ukraine, wo ihm einige rechte Parteien ihre Unterstützung zusicherten. Zum Paradox des ukrainischen Wahlkampfes gehört die Tatsache, daß viele ehemalige Dissidenten und Antikommunisten (wie z.B. Luk'janenko oder Stec'ko) den ehemaligen Chef der V. (ideologischen) Abteilung des KGB der Ukraine unterstützen. Levko Luk'janenko begründete diese Wandlung folgendermaßen: "Heute sind in der Ukraine drei Mafiagruppen an der Macht, u.z.: die Dnipropetrovs'ker, Kiever und Donec'ker Clans. Marčuk gehört keiner dieser Gruppen an."<sup>76</sup>

Marčuk tritt für eine Beschleunigung der marktwirtschaftlichen Reformen, für die Gleichstellung aller Eigentumsformen und die Schaffung eines sozialen Netzes ein. Die ukrainische Außenpolitik soll nach Marčuk von Pragmatismus und Ausgewogenheit geprägt sein.<sup>77</sup> Die nationalen Interessen der Ukraine stehen für den "Deržavnik" (Staatsmann) Marčuk dabei an erster Stelle.

### *C) Chancen*

Neben Kučma ist Marčuk der einzige ernstzunehmende Kandidat, der nicht nur Erfahrungen als Leiter der Exekutive hat, sondern auch rechts vom Präsidenten steht. Seinem Zwischenziel, zum Sammelpunkt aller nichtkommunistischen und antipräsidentischen Kräfte zu werden, ist er mit der Bildung der breiten Koalition ein Stück näher gekommen. Marčuks Chancen als alleinige nichtkommunistische Alternative zu Kučma wären noch größer, wenn die beiden Ruch-Teilparteien sowie andere National-Demokraten und Zentristen ihn als Kandidaten nominieren würden. Sein schärfster Rivale im Kampf um nichtkommunistische Wähler ist Kučma, dem er unter Umständen viele Stimmen abjagen könnte. Im Unterschied zum willensschwachen Kučma profiliert er sich als "eiserne Hand", der auch Wähler anspricht, die sich nach einem "starken Mann" und nach "Ordnung" sehnen. Zu seinen Schwachstellen gehört seine noch immer geringe Popularität, sein Image als KGB-Mann und die fehlende Unterstützung des Staatsapparats. Seinen Wahlstab bilden die ehemaligen KGB-Offiziere Malikov, Ivančenko, Nezdolja und Chomyč.

**Hennadij Udovenko**, national orientierter Zentrist; Jahrgang 1931, Ruch-Mitglied (seit März 1999), von der Ruch-U aufgestellt.

### *A) Politische Tätigkeit seit 1990*

- Stellvertretender Außenminister der Ukraine, UNO-Botschafter (1991-1992);
- Botschafter in Polen (1992-1994);
- Außenminister der Ukraine (August 1994-April 1998);
- Parlamentsabgeordneter und Mitglied der Ruch-Fraktion (beides seit März 1998);

---

<sup>76</sup> Den', 23.3.1999, S. 4.

<sup>77</sup> Kievskie vedomosti, 20.2.1999, S. 5.

- Vorsitzender des Parlamentskomitees für Menschenrechtsfragen, nationale Minderheiten und zwischenethnische Beziehungen (seit Juli 1998);
- Vorsitzender eines Teils der Ruch (Ruch-U) nach Spaltung der Partei und Unfalltod des damaligen Ruch-Vorsitzenden Vjačeslav Čornovil (März 1999).

#### *B) Wahlprogramm und -taktik*

Nach dem frühzeitigen Verzicht des Ruch-Chefs Čornovil auf eine Kandidatur (Mitte Januar 1999) blieb nur Udovenko als einziger Präsidentschaftskandidat der Koalition Ruch-PRP. Sein interner Rivale ist *Jurij Kostenko*, der die Führerschaft unter National-Demokraten für sich beansprucht. Als Präsident will Kostenko einen Beitrittsantrag bei der NATO einreichen: "Schluß mit der irreführenden mehrgleisigen Politik."<sup>78</sup> Im Fall seiner Wahl verspricht auch Udovenko, die Westintegration der Ukraine zu beschleunigen. Außerdem beabsichtigt er, alle Rückstände bei den Löhnen und Gehältern sowie Renten im Jahr 2000 zu begleichen, den Kampf gegen die Korruption zu verstärken und die realen Einkünfte der Bürger wesentlich zu erhöhen.<sup>79</sup> Wie dies erreicht werden kann, wird nicht ausgeführt.

#### *C) Chancen*

Udovenko ist eigentlich die zweite Wahl der Ruch. Ohne Charisma eines Čornovil, ohne Background eines Dissidenten ist er bei der Bevölkerung wenig bekannt. Die Chancen Udovenkos, in die Stichwahl zu kommen oder gar Präsident zu werden, sind äußerst gering.

### **V. Mögliche Szenarien und das Verhalten der Wähler**

Der Rahmen der Präsidentschaftswahlen 1999 dürfte in der entscheidenden Phase dem der Wahlen 1994 ähneln. Ebenso wie 1994 werden 1999 aller Voraussicht nach zwei Wahlgänge nötig sein, da im ersten Wahlgang am 31. Oktober keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreichen wird. In der zweiten Runde wird wahrscheinlich der amtierende Präsident einem Herausforderer aus dem linken oder linkszentristischen Lager gegenüberstehen, insbesondere dann, wenn die Zentristen (National-Demokraten) und die Rechtszentristen keinen gemeinsamen Kandidaten aufstellen. Die Stichwahl dürfe voraussichtlich nach dem Prinzip "des kleineren Übels" entschieden werden.

Von den sieben aussichtsreichsten Präsidentschaftsanwärtern, die wahrscheinlich eine Million Unterschriften bekommen, dürften nur vier Bewerber zum engeren Kandidatenkreis gehören: Kučma, Tkačenko, Moroz und Marčuk. Weder Symonenko noch Vitrenko, geschweige denn Udovenko, haben eine echte Chance. Von ihrem Verhalten aber hängt im wesentlichen der Ausgang der ersten Wahlrunde ab.

Das Wählerpotential der Rechten und der Rechtszentristen (National-Demokraten) einerseits und der Linken und Linkszentristen andererseits wird auf jeweils 40-45% geschätzt. Zwischen 10 und 20% der Wähler sind unentschlossen. Sie werden in der Stichwahl die

---

<sup>78</sup> Kievskie vedomosti, 17.5.1999, S. 4.

<sup>79</sup> Kievskie vedomosti, 17.5.1999, S. 4.

entscheidende Rolle spielen. Die linksorientierte Wählerschaft kann sich im ersten Wahlgang zwischen vier Bewerbern (Tkačenko, Moroz, Symonenko und Vitrenko) entscheiden; die zentristisch- und rechtsorientierte Wählerschaft muß voraussichtlich zwischen drei Kandidaten (Kučma, Marčuk und Udovenko) wählen. In diesem Fall haben der amtierende Präsident Kučma und ein Linker die größten Chancen, in die Stichwahl kommen.

Falls die "Wackelkandidaten" Udovenko und/oder Vitrenko nicht eine Million Unterschriften sammeln, werden nur fünf Bewerber den ersten Wahlgang bestreiten. In diesem Fall würde es keine so starke Aufsplitterung der Stimmen in beiden Lagern geben. Kučma könnte davon aber kaum profitieren, da die Udovenko-Wähler sich eher für Marčuk entscheiden und die Vitrenko-Anhänger selbstverständlich für einen Linken (wahrscheinlich für Tkačenko) votieren würden. Unter diesen Umständen könnte Kučma die Stichwahl verfehlen. Aus diesem Grund ist er daran interessiert, die linke Wählerschaft auf möglichst viele Bewerber zu verteilen und die Zahl der nichtlinken Kandidaten begrenzt zu halten. Je mehr rechtszentristische und national-demokratische Kandidaten antreten, desto zersplitterter wird die Wählerschaft sein und desto weniger Stimmen könnte Kučma auf sich vereinigen. Der schwierigste Wahlgang dürfte für Kučma deshalb der erste sein. Da er starke Konkurrenz auch von rechts bekommen hat, wird ein Teil der Wählerstimmen, insbesondere im Westen, im ersten Wahlgang an Marčuk und/oder Udovenko gehen. Die linksorientierten Wähler werden nicht für Kučma, sondern für einen von "ihren" Kandidaten votieren.

Falls Kučma aber im zweiten Wahlgang antreten sollte, würde er von Zentristen und National-Demokraten sowie von Rechten "als kleineres Übel" unterstützt. Diese Kräfte bilden in der Westukraine eine Mehrheit. Sein linker Herausforderer bekommt Unterstützung überwiegend aus der Ost- und Südukraine. Im Kučmas Interesse ist es, gegen einen radikalen Linken vom Schlag Vitrenko oder Symonenko in der Stichwahl anzutreten, um die Mitte sicher hinter sich zu haben. Gegen sie hat Kučma größere Chancen auf Wiederwahl als gegen Moroz oder Tkačenko, die für ihn viel gefährlicher sind, da sie breitere Wählerschichten ansprechen und nicht nur die klassische Anhängerschaft der Linken (in ihrer Mehrheit Arbeiterschaft, Rentner, Veteranen und Arbeitslose sowie Entwurzelte, Umbruchsverlierer und Nostalgiker). Der moderate Linkszentrist Moroz und der Linkspopulist Tkačenko können mit den Stimmen sowohl von links als auch aus der Mitte (besonders Moroz) rechnen und damit Kučma überholen. Entscheidend für den Wahlausgang wird die Tatsache, gegen wen Kučma bei der Stichwahl antritt: Gegen einen Linksradikalen gewinnt er sicher, gegen einen Linkszentristen wird es für ihn sehr eng werden.

Ähnlich wie bei den Präsidentschaftswahlen 1991 und 1994 werden sich auch 1999 die Wähler im Osten und im Westen des Landes unterschiedlich verhalten. Der Kandidat muß in seiner Wahltaktik die Besonderheiten der Wählerschaft in der West- und Ostukraine berücksichtigen. Um möglichst viele Stimmen zu bekommen, muß er in der Westukraine versprechen, die Souveränität und Selbständigkeit der Ukraine zu fördern, im Osten des Landes muß er sich für die Vertiefung der Beziehungen zu Rußland einsetzen.

Im ersten Wahlgang wird die Westukraine einen national-demokratischen Kandidaten (Marčuk, Udovenko) oder den amtierenden Präsidenten Kučma unterstützen; die Wähler der

Ost- und Südukraine votieren höchstwahrscheinlich wieder für die linksorientierten oder linkszentristischen Kandidaten. 1994 erhielt der amtierende Präsident Kravčuk, dem der Westen (Europa und die USA) Unterstützung signalisierte, die meisten Stimmen aus der Westukraine. Sein Herausforderer Kučma, der damals als Favorit Rußlands galt, vereinigte auf sich die Stimmen aus der Ost- und Südukraine und ging als Sieger hervor. Der zukünftige Präsident muß vor allem die bevölkerungsreichen Gebiete in der linksufrigen Ukraine für sich gewinnen.

Die Wähler sind ziemlich skeptisch in bezug auf den "Free-and-fair"-Charakter der bevorstehenden Wahlen und die Rolle des Staatsapparats. Auf die Frage "Halten Sie die Fälschung der Wahlergebnisse bei den Präsidentschaftswahlen für möglich?" antworteten 50% der Befragten mit "Ja" und nur 4% mit "Nein". 19% der Respondenten halten die Fälschung gar für "unausweichlich", und 27% haben keine Meinung.<sup>80</sup>

Die Wahlen 1999 werden sich in vielerlei Hinsicht von den vorangegangenen unterscheiden. Vor allem dadurch, daß die National-Demokraten, die noch 1994 auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichteten und den damaligen Präsidenten Kravčuk unterstützten, 1999 nach fünf Jahren vom jetzigen Präsidenten enttäuscht sind und trotz ihrer offensichtlichen Chancenlosigkeit gleich zwei Kandidaten (Udovenko und Kostenko) aufstellten. Diese Chancenlosigkeit beruht nicht nur auf der Spaltung der stärksten und einflußreichsten national-demokratischen Partei der Ruch im März 1999 oder auf der mangelnden Popularität der Kandidaten. Die Gründe liegen tiefer, und zwar in der seit Jahren andauernden Krise der national-demokratischen Parteien und ihrer Ideologie. Nach Erlangung der Unabhängigkeit sind ihre Bedeutung und ihr Einfluß kontinuierlich zurückgegangen. Bei den Parlamentswahlen 1998 bekamen die national-demokratischen Parteien nur 10% der Stimmen. Programmatisch sind sie auf dem Niveau der ersten Jahre der Unabhängigkeit geblieben: Mit modernen strategischen Konzepten tun sie sich schwer. Hinzu kommt noch die falsche Strategie der jahrelangen "weichen" oder sogenannten "konstruktiven Opposition" gegenüber dem Präsidenten, die faktisch dessen Unterstützung bedeutete und zur Fehde mit den Rechten führte. Finanziell sind die National-Demokraten (im Unterschied zur "Partei der Macht") nicht besonders stark, weil die Ruch (vor allem zu Zeiten Čornovils) vor den Praktiken der anderen Parteien zurückschreckte: Pflege von Kontakten zum großen Business. Bei der Suche nach einem neuen Platz im parteipolitischen Spektrum und der künftigen Rolle im Staatsaufbau gingen die Wege der National-Demokraten auseinander. Trotz Spaltung verweigerten sie dem Präsidenten mehrheitlich die Unterstützung.

Die weitere Besonderheit der Präsidentschaftswahlen 1999 besteht darin, daß der amtierende Präsident praktisch nur als Kandidat der Staatsnomenklatura oder der "Partei der Macht", zu der einige zentristische Parteien (NDPU, SDPU(o) und LPU) gehören, in die erste Wahlrunde geht. Kučma hat darüber hinaus keine politische und gesellschaftliche Basis: Er wird nur vom Staatsapparat, der neuen Nomenklatura und den "Oligarchen" gestützt. Die sogenannte "Partei der Macht" erlebte zahlreiche Abspaltungen: Die "demokratischen" Flügel, die Kučma nicht

---

<sup>80</sup> Den', 21.11.1998, S. 1.



mittragen wollten, sind aus der NDPU, der SDPU(o) und der LPU ausgetreten und haben sich den National-Demokraten angeschlossen.

Die "Koalition der 12", mit der Kučma demonstrieren wollte, daß er von unterschiedlichen politischen Kräften – zentristischen, rechten sowie linkszentristischen – unterstützt wird, ist faktisch nur das Wahlbündnis der NDPU und SDPU(o), die einige vom Präsidenten abhängige kleine und kleinste Parteien um sich scharten. Lediglich 12 von über 60 politischen Parteien haben seine Kandidatur unterstützt, davon nur zwei, die im Parlament in Fraktionsstärke vertreten sind. Die NDPU bekam bei den Parlamentswahlen 1998 5%, die SDPU(o) 4% der Stimmen. Seitdem spalteten sich beide Parteien und verloren einige führende Politiker, die ihnen den bescheidenen Erfolg 1998 sicherten (Marčuk und Onopenko, Matvijenko und Filenko). Die übrigen 10 propräsidentischen Parteien sind klein, schwach und bedeutungslos. Die Unterstützung des amtierenden Präsidenten durch die LPU, APU, UNKP und den MBR war vorhersehbar, da die Führer dieser Parteien gleichzeitig in der Exekutive tätig sind oder zur Präsidialadministration gehören: der Gouverneur von Sumy, Volodymyr Ščerban' (LPU), Vize-Premier Mychajlo Hladij (APU), Präsidentenberater Oleh Soskin (UNKP) und der Stellvertretende Minister ohne Portefeuille, Tymofij Motrenko (MBR).

Ein Novum ist, daß die Rechten, die den Präsidenten seit Beginn seiner Amtszeit kritisieren, ebenfalls ihren eigenen Kandidaten (Marčuk) aufstellten. Zum ersten Mal seit 1991 schicken die ukrainischen Linken gleich vier Kandidaten ins Rennen, die sich den "Luxus" leisten werden, gegeneinander anzutreten. Im Unterschied zu den National-Demokraten, die keine chancenreichen Kandidaten aufstellen konnten, haben die Linken ein anderes Problem: Überangebot an Kandidaten. Unter diesen Umständen kann sich die Stärke der Linken in ihr Gegenteil verkehren: Zu viele Köche verderben bekanntlich den Brei. Für die Linken spricht aber die Tatsache, daß ihre Wählerschaft traditionell stark und gut organisiert ist; sie kann leicht mobilisiert werden. Die Wahlbeteiligung der zentristischen Wähler fällt aus Erfahrung niedriger aus als die der Linken.

Das linksorientierte Wählerpotential wird auf 35-40% geschätzt, was die Parlamentswahlen 1998 bestätigten. Damals konnten die linken Parteien (KPU, SPU gemeinsam mit der SelPU und die PSPU) etwa 37% der Stimmen auf sich vereinigen. Dies bedeutet, daß wenn es nicht zur Einigung und Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten kommt (oder wenigstens zwei), jeder der vier Linken Gefahr laufen wird, theoretisch schon im ersten Wahlgang zu scheitern. Weil jeder Linker zu ambitiös ist, kann eine Einigung unter ihnen kaum erwartet werden. Auch im zweiten Wahlgang kann ein rein linksorientierter Kandidat (vom Schlag eines links-orthodoxen Symonenko oder einer linksradikalen Vitrenko) im Alleingang keine Mehrheit auf sich vereinigen. Nur mit der Unterstützung der zentristischen Wähler hat ein Linker die Chance, gewählt zu werden. Aus diesen Gründen sind lediglich zwei linke Kandidaten imstande, die fehlenden Stimmen aus der Mitte zu bekommen: Moroz und Tkačenko.

## **Fazit**

Die Ukraine bereitet sich auf die dritte Präsidentschaftswahl seit Erlangung der Unabhängigkeit 1991 vor. Zum dritten Mal wird sie zur "Schicksalswahl" erhoben. Die vorherigen Machtwechsel fanden friedlich und demokratisch statt. Während der Wahlkampagne 1999, im "Eifer des Gefechts" um die Wählerstimmen, wurden von Kandidaten viele Versprechungen gemacht. Wie aber schon die Präsidentschaftswahlen 1994 zeigten, wurden bei weitem nicht alle eingehalten. Deshalb stehen die Bürger der Ukraine vor der schwierigen Aufgabe, die Spreu vom Weizen zu trennen. Wie die vorigen Präsidentschaftswahlen können auch die jetzigen eine Überraschung mit sich bringen, nicht nur in bezug auf die Ergebnisse, sondern auch auf die Wandlung des neu gewählten Präsidenten. Ob es mit dem Austausch von Akteuren tatsächlich zu einem Politikwechsel kommt, wird entscheidend vom neuen Präsidenten abhängen. Dieser wird im Inland wie im Ausland nicht nach seinen Worten, sondern Taten beurteilt werden. Die Ukraine braucht Reformen und darf keine Zeit mehr verlieren, damit die nächsten Präsidentschaftswahlen nicht wieder zur "Richtungswahl" werden.

## Abkürzungsverzeichnis

APU	Ahrarna partija Ukrajiny	Agrarpartei der Ukraine
ARK	Avtonomna Respublika Krym	Autonome Republik Krim
CDPU	Chrystyjans'ko-demokratyčna partija Ukrajiny	Christlich-Demokratische Partei der Ukraine
CNS	Chrystyjans'ko-narodnyj sojuz	Christliche Volksunion
CVK	Central'na vyborča komisija	Zentrale Wahlkommission
DPU-A	Demokratyčna partija Ukrajiny	Demokratische Partei der Ukraine von Anton'jeva
DPU-Ja	Demokratyčna partija Ukrajiny	Demokratische Partei der Ukraine von Javorivs'kyj
DSU	Deržavna samostijnist' Ukrajiny	Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine
DS	Demokratyčnyj sojuz	Demokratische Union
HKU	Hromadjans'kyj konhres Ukrajiny	Bürgerkongreß der Ukraine, heutige SloPU
Hromada	Vseukrajins'ke objednannja Hromada	Allukrainische Vereinigung "Gemeinschaft"
JeR	Jedyna Rodyna	Allukrainische politische Vereinigung "Eine Familie"
KPU	Komunistyčna partija Ukrajiny	Kommunistische Partei der Ukraine
KUN	Konhres ukrajins'kych nacionalistiv	Kongreß der ukrainischen Nationalisten
LDPU	Liberal'no-demokratyčna partija Ukrajiny	Liberal-Demokratische Partei der Ukraine
LPU	Liberal'na partija Ukrajiny	Liberale Partei der Ukraine
LPU(o)	Liberal'na partija Ukrajiny (onovlena)	Neue Liberale Partei der Ukraine
MPA	Mižparlaments'ka Asambleja SND	Interparlamentarische Versammlung der GUS
MBR	Mižrehional'nyj blok reform	Interregionaler Reformblock
NDPU	Narodno-demokratyčna partija Ukrajiny	Volksdemokratische Partei der Ukraine
NO	Narodna opozycja	Allukrainische Vereinigung "Volksopposition"
NU	Nova Ukrajina	Volksdemokratische Vereinigung "Neue Ukraine"
OUN	Orhanizacija ukrajins'kych nacionalistiv	Organisation der ukrainischen Nationalisten
PMU	Partija musul'man Ukrajiny	Partei der Moslems der Ukraine
PPS	Pravda proty syly	Allukrainische Vereinigung "Wahrheit gegen Macht"
PPU	Patriotyčna partija Ukrajiny	Patriotische Partei der Ukraine
PRP	Partija "Reformy i porjadok"	Partei "Reformen und Ordnung"
PRTCh	Partija rehabilitaciji tjažkochvorych	Partei der Rehabilitierung von Schwerkranken
PRVU	Partija rehional'noho vidrodžennja Ukrajiny	Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine
PSPU	Prohresyvna socialistyčna partija Ukrajiny	Progressive Sozialistische Partei der Ukraine
PZU	Partija Zelenych Ukrajiny	Partei der Grünen der Ukraine
PZV	Partija zachysnykiv Vitčyzny	Partei der Vaterlandsverteidiger
RCP	Respublikans'ka chrystyjans'ka partija	Republikanische Christliche Partei
Ruch-K	Narodnyj ruch Ukrajiny	Volksbewegung der Ukraine von Kostenko
Ruch-U	Narodnyj ruch Ukrajiny	Volksbewegung der Ukraine von Udovenko
SBU	Služba bezpeky Ukrajiny	Sicherheitsdienst der Ukraine
SDPU	Social-demokratyčna partija Ukrajiny	Sozialdemokratische Partei der Ukraine
SDPU(o)	Social-demokratyčna partija Ukrajiny (objednana)	Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine

SDS	Social-demokratyčnyj sojuz	Sozialdemokratische Union
SelPU	Seljans'ka partija Ukrajiny	Bauernpartei der Ukraine
SloPU	Slov'jans'ka partija Ukrajiny	Slawische Partei der Ukraine, früher HKU
SNPU	Social-nacional'na partija Ukrajiny	Sozial-nationale Partei der Ukraine
SPU	Socialistyčna partija Ukrajiny	Sozialistische Partei der Ukraine
UCDP	Ukrajins'ka chrystyjans'ko-demokratyčna partija	Ukrainische Christlich-Demokratische Partei
UNA-UNSO	Ukrajins'ka nacional'na asambleja/Ukrajins'ka narodna samooborona	Ukrainische nationale Versammlung/Ukrainische Volksverteidigung
UNKP	Ukrajins'ka nacional'na konservatyvna partija	Ukrainische Nationale Konservative Partei
UPA	Ukrajins'ka povstans'ka armija	Ukrainische Aufstandsarmee
URP	Ukrajins'ka respublikans'ka partija	Ukrainische Republikanische Partei
USDP	Ukrajins'ka social-demokratyčna partija	Ukrainische Sozialdemokratische Partei
USelDP	Ukrajins'ka seljans'ka demokratyčna partija	Ukrainische Demokratische Bauernpartei
UZP	Ukrajins'ka Zelena partija	Ukrainische Grüne Partei
VP	Vidkryta polityka	Allukrainische politische Vereinigung "Offene Politik"
VPT	Vseukrajins'ka partija trudjaščych	Allukrainische Partei der Werktätigen
VR	Vechovna Rada	Oberster Sowjet, das ukrainische Parlament
VU	Vpered, Ukrajino!"	Partei "Vorwärts, Ukraine!"
ZKU	Za krasyvju Ukrajinu	Für eine schöne Ukraine
ZPNU	Za pravdu, za narod, za Ukrajinu!	Wahlblock "Für die Wahrheit, für das Volk, für die Ukraine!" (SPU und SelPU)



**Alexander Ott**

## **Ukraine in the Run-Up to the Presidential Elections of Autumn 1999**

Bericht des BIOst Nr. 27/1999

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

Since the spring of 1997 the political climate in Ukraine has been dominated by election campaigns. Not only have elections formed the backdrop to political events, they have also determined the activities of the country's leading politicians, political parties and institutions of power. The 1997 election campaign was focused on the parliamentary elections of March 1998, which were the first to be held on the basis of the new constitution and new electoral law. The latter allowed members of parliament to be elected not only directly but also via party lists, a provision that gave a boost to the development of a party system in Ukraine. The role of the parties was further strengthened in 1999 with the passing of the law on presidential elections, which stipulated that apart from voters' associations, only political parties and electoral blocs could put up candidates for election.

Even before the presidential election campaign was officially launched, nearly all the parties went through a period of turmoil as discussions were held about campaigning tactics and about which candidates should stand for election. With the start of the presidential election campaign in early 1999, Ukraine's multi-party system came under pressure. With a few exceptions, all the main parties split, causing some disarray of the Ukrainian parties. Some of these parties are now looking for new partners and coalitions, a process that will probably intensify as the date of the election (October 31) draws nearer. Numerous party congresses were held in May and June 1999 to nominate presidential candidates. In the midst of all this party activity the two central institutions of power, the parliament and the president, became involved in a new power struggle and war of nerves.

#### *Findings*

1. Ukrainian politics in late 1998 and early 1999 were marked by a renewed confrontation between the country's state institutions. As the presidential election campaign got under way, the conflict flared up once again over the division of powers between the executive and the legislature. This culminated in a discussion over revisions to the new constitution, which had only been passed in 1996. While both sides expressed dissatisfaction with the constitution and publicly put forward proposals for changes, the discussion amounted to little more than a weighing up of possibilities and verbal gesticulating. The parliament's attempt, or

rather the attempt of the Left in the Verchovna Rada, to bring about constitutional revisions was half-hearted and doomed to failure from the start.

2. With the passing of the law "On the Election of the President of Ukraine" the Verchovna Rada concluded its reform of the entire electoral system. The reform, which was based on the new constitution, had begun in March 1997 with discussions on the "Law on the Election of People's Deputies of Ukraine". Also this law became a bone of contention between the institutions of power. The presidential elections on October 31 1999 will be the first elections of the head of state to be held on the basis of the new constitution.
3. The heating up of the presidential election campaign and the nomination of candidates caused internal party tensions and even led to the disintegration of quite a number of parties. At the same time, however, several broad, rather mixed coalitions and party blocs emerged that were held together by little more than their support for a common candidate. As on the eve of the parliamentary elections in 1998, so, too, in the run-up to this year's presidential elections there has been an increase in the number of parties and mini-parties; new coalitions and blocs have been formed, while existing parties and voters' associations have broken up. The reason for the turmoil among political parties in 1999 is that individual parties and party blocs have made extensive use of their right to put up presidential candidates.
4. Of the seven most promising contenders for the presidency, who are likely to collect a million signatures, only four can be regarded as really in the running: the current president, Kuchma; two left-wing candidates, Tkachenko and Moroz; and one candidate on the "Right", Marchuk. Neither Symonenko nor Vitrenko, let alone Udovenko, have any real chance of being elected.
5. As president in office Kuchma holds all the levers of power in his hands, above all the state apparatus and the mass media. He is supported by the "party of power", which actually consists of two political parties, the NDPU (the "party of the state nomenklatura") and the SDPU (o) (the "party of big capital"). Kuchma would have the greatest chance of being re-elected if he were to succeed in portraying himself as an alternative to a communist come-back – i.e., as the "democrat" Kuchma versus the "anti-democratic" (communist) candidate. Kuchma's most dangerous rivals are probably the left-centrist candidate Moroz, the right-centrist candidate Marchuk and the left-wing populist Tkachenko.
6. On account of his populist rhetoric and position as chairman of the Ukrainian parliament (the second most important state post), Tkachenko perhaps presents more of a threat to Kuchma than the others. As a supporter and advocate of Ukraine's rapid integration with Russia and Belarus he appeals to the Russian and Russian-speaking population, while his opposition to private land ownership has the support of a majority of the rural population. Since Tkachenko, like Kuchma, also wields considerable influence in the institutions of power, he might well succeed in causing further uncertainty in the "party of power" or even making it split. Unlike his predecessor Moroz, who has not been a vocal advocate of integration, and unlike CPU chief Symonenko, whose supporters are confined to the ranks

of loyal Communists, Tkachenko is capable of winning the favour not only of leftists and those nostalgic for the old regime but also that of centrists and of the rural population.

7. Moroz, by contrast to Tkachenko, likes to present himself as a politician of the moderate Left. As a moderate politician with a clean slate who is willing to compromise he appeals to those members of the electorate who do not like either the backward-minded Symonenko or Tkachenko's unrestrained populism. As a candidate untainted by corruption, scandals or membership of a clan, he represents an alternative to the president. In addition, Moroz stands beyond suspicion of wanting to relinquish Ukrainian sovereignty to Russia, something which Vitrenko and Symonenko are sometimes accused of.
8. Although Symonenko is leader of the strongest party in Ukraine – the CPU – and the largest parliamentary faction, he cannot hope to win the absolute majority in the presidential elections. The reasons for this are the same as in Russia in 1996: many voters would regard the possible victory of a "dyed-in-the-wool" communist as a return to the "radiant future" of the old days. Despite dissatisfaction with the present situation, such a prospect does not find majority support in Ukraine today. In addition, the colourless, uncharismatic personality of the "apparatchik" Symonenko does not appeal to voters and even in his own ranks he is not regarded as the ideal candidate.
9. The national-democratic candidates are likely to play rather a minor role in the presidential elections, for neither Udovenko nor Kostenko has the remotest chance of being elected. The only serious candidate from the rightist and right-centrist camp is Marchuk. Together with his social democratic leanings, his calls for a "strong hand", "law and order", a tougher policy on crime, and a nationally-oriented, balanced foreign policy make him a plausible candidate for broad sectors of the population. Marchuk has the best chance of becoming the candidate for all centrist, right-centrist and right-wing forces.
10. As in the presidential elections of 1991 and 1994, voting behaviour in the 1999 elections will differ between East and West Ukraine. Any candidate must take these differences into account when planning his campaigning tactics, for in order to win a maximum number of votes he must promise the population of West Ukraine that he will promote Ukrainian sovereignty and independence, while at the same time promising the eastern part of the country that he will foster closer relations with Russia.